



V 6458 E

31.2

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 7

Juli 1974

Aufsätze: Kommunalwahl 1974 (Teil 3)  
Hochbau 1973  
Verdienste im Vergleich  
Versteuerte Bruttolöhne 1971

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

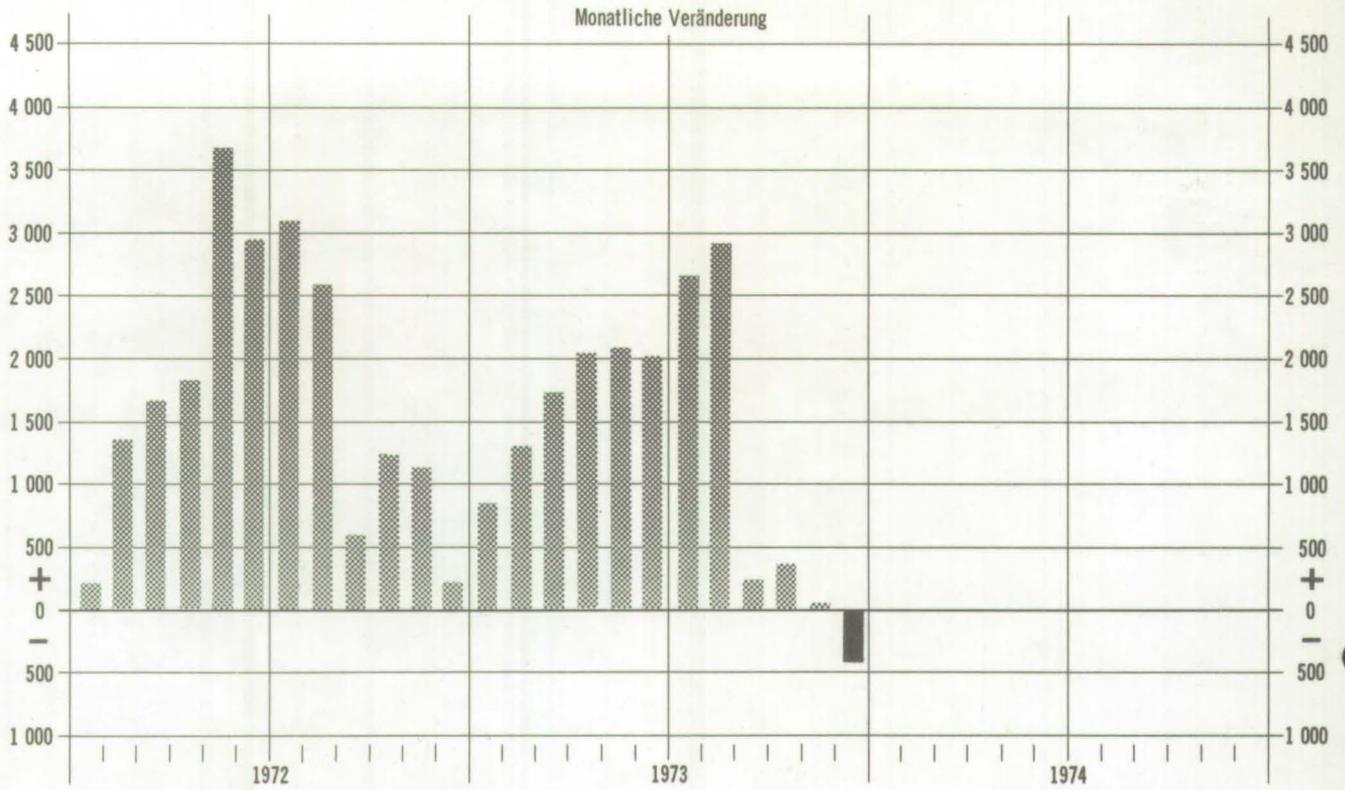
## BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



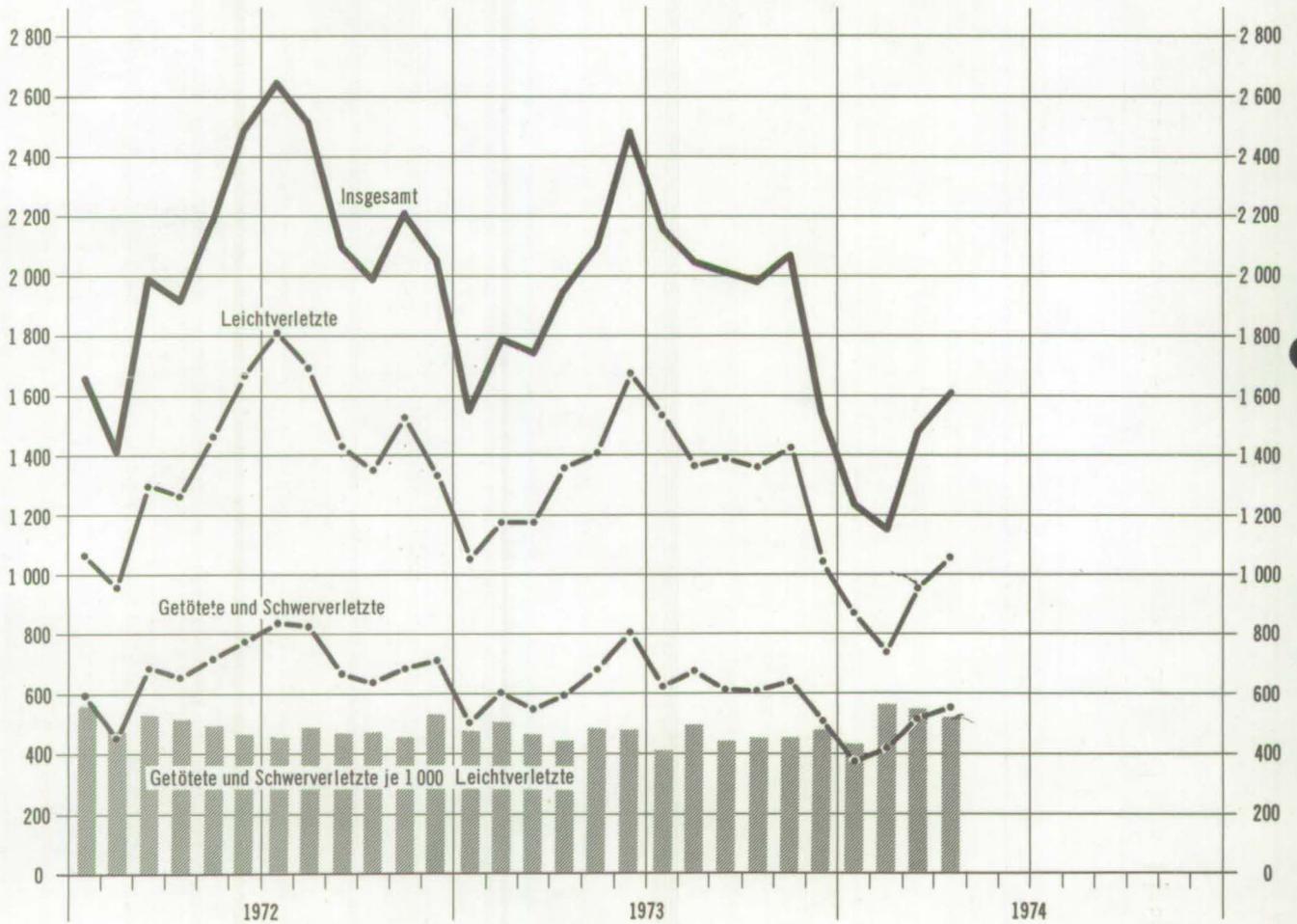
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



# VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 7/74

	Seite
Aktuelle Auslese . . . . .	141
<b>Aufsätze</b>	
Die Kreis- und Gemeindewahl am 24. März 1974 (Teil 3) . . . . .	142
Hochbau 1973 . . . . .	145
Arbeitsverdienste im Entwicklungsvergleich . . . . .	153
Die Bruttolöhne der Arbeitnehmer und ihre Besteuerung im Jahre 1971 . . . . .	157
Tabellenteil . . . . .	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein) . . . . .	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten  
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

# Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

## Heft 2 / 1974

Zur Reallohnentwicklung  
Zur Getreideernte 1973  
Güterumschlag in den Häfen  
Kapitalgesellschaften  
Lohnsteuerpflichtige

## Heft 3 / 1974

Bruttoinlandsprodukt  
Fachhochschulstudenten  
Bauhauptgewerbe  
Vermögensteuer

## Heft 4 / 1974

Wirtschaftliches Wachstum 1973  
Investitionen 1972  
Umsätze 1972  
Arbeitskräfte Landwirtschaft  
Baumschulen  
Industrielle Kleinbetriebe  
Einzelhandelsumsätze

## Heft 5 / 1974

Kommunalwahl 1974 (Teil 1)  
Gesundheitswesen  
Straßenverkehrsunfälle

## Heft 6 / 1974

Kommunalwahl 1974 (Teil 2)  
Verarbeitende Industrie  
Preisindex für die Lebenshaltung



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 7

Juli 1974

## Aktuelle Auslese



### Anteil der Studienwilligen rückläufig

Seit 1972 werden alle Schüler des 13. Schuljahrgangs etwa ein Vierteljahr vor dem Abgang nach ihren Studien- und Berufswünschen gefragt. Der Kreis der Befragten ist inzwischen auf die Schüler erweitert worden, die die Fachhochschulreife (Abschlußzeugnis der 12. Klasse) anstreben.

Für das Jahr 1974 zeigen die Ergebnisse dieser Erhebung einen Rückgang der Studienwilligkeit bei den befragten Schülern in Schleswig-Holstein. Von den gut 5 800 Schülern, die in die Erhebung einbezogen wurden, haben 78 % die Absicht zu studieren. 10 % wollen nicht studieren und 12 % zeigten sich zum Zeitpunkt der Erhebung noch unentschieden. 1973 beabsichtigten 80 % der Befragten zu studieren, und 1972 waren es 85 %.

Besonders deutlich ist der Rückgang der Studienwilligkeit bei den Schülerinnen, von denen 1972 noch 86 % ein Studium aufnehmen wollten; 1973 fiel diese Quote auf 79 % und 1974 auf 75 %. Von den Schülern beabsichtigten 1972 84 % zu studieren, die Anteile haben 1973 und 1974 jeweils 80 % betragen.



### 388 Doktorprüfungen in einem Jahr

Nach Meldungen der Fakultäten sowie der akademischen, staatlichen und kirchlichen Prüfungsämter in Schleswig-Holstein haben im Wintersemester 1972/73 und im Sommersemester 1973 insgesamt 3 369 Teilnehmer eine Abschlußprüfung mit Erfolg abgelegt.

Von diesen Prüfungen waren 1 080 (32 %) Lehramtsprüfungen und 1 031 (31 %) Abschlußprüfungen an Fachhoch-

schulen. Die Skala der Prüfungsarten umfaßt außerdem 516 Staatsexamen, 388 Doktorprüfungen, 265 Diplomprüfungen, 43 kirchliche Abschlußprüfungen, 41 Musikprüfungen sowie 5 Magisterprüfungen.

Von den erfolgreichen 1 080 Teilnehmern an einer Lehramtsprüfung haben 48 % die Lehramtsprüfung für Grund- und Hauptschulen, 36 % die Lehramtsprüfung für Realschulen, 11 % die Lehramtsprüfung für Gymnasien und 4 % die Lehramtsprüfung für Sonderschulen abgelegt. Von den 1 031 bestandenen Abschlußprüfungen an Fachhochschulen entfielen 76 % auf Ingenieurwissenschaften.



### Bodennutzung 1974

Nach den vorläufigen Ergebnissen einer repräsentativen Vorwegaufbereitung der Bodennutzungserhebung wurden 1974 in Schleswig-Holstein rd. 428 000 ha Getreide (ohne Körnermais), 56 000 ha Hackfrüchte, gut 61 000 ha Raps und Rüben und rd. 90 000 ha Ackerfutterpflanzen angebaut.

Die Getreideanbaufläche wurde damit gegenüber dem Vorjahr leicht ausgedehnt, ohne jedoch die Fläche von 1972 (437 500 ha) zu erreichen. Von den Getreidearten wurden vor allem Winterweizen (+ 6,5 %) und Wintergerste (+ 4,6 %) in größerem Umfang angebaut als im Vorjahr. Auch Hafer wurde noch 1 % mehr angebaut als 1973. Eingeschränkt wurden dagegen der Roggen-, Sommergersten- und Menggetreideanbau. Hierzu muß erwähnt werden, daß die Winterroggenanbaufläche gleichwohl noch um 7 % über dem Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre bleibt, während Sommergerste und Hafer diesen Durchschnitt nicht erreichen und Sommermenggetreide um 59 % darunter liegt.

# Die Kreis- und Gemeindewahl am 24. März 1974

## Teil 3: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Bei Bundes- und Landtagswahlen ist seit 1953 regelmäßig die Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht untersucht worden. Für die Gemeindewahl in den kreisfreien Städten und die Kreiswahl in den kreisangehörigen Gemeinden geschah dies erstmals 1970. Diese Untersuchung hat so großes Interesse gefunden, daß sie zur diesjährigen Kommunalwahl abermals angestellt wurde. Es handelt sich um eine Stichprobenerhebung, die nach einem bestimmten Verfahren so eingerichtet wird, daß sie als repräsentativ für alle Wahlberechtigten und Wähler gelten kann. Die Stichprobe umfaßte zur diesjährigen Kommunalwahl 46 der 2 816 Stimmbezirke und damit 35 500 oder 1,9% der 1,8 Millionen Wahlberechtigten. Ihr Umfang wurde gegenüber Bundes- und Landtagswahlen halbiert, um den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten. Es wurde dabei in Kauf genommen, daß sich dadurch die Fehlergrenze entsprechend vergrößert und die kleineren Parteien nicht mehr dargestellt werden können. Die nachstehende Übersicht zeigt, daß das aus dem repräsentativen Querschnitt ermittelte Wahlergebnis trotzdem ziemlich genau mit dem Landesergebnis übereinstimmt:

	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf		
		CDU	SPD	FDP
in %				
Endergebnis der Stichprobe	80,5	53,4	35,2	9,0
Landesergebnis	79,2	53,1	35,6	9,0

Die etwas größere Abweichung in der Wahlbeteiligung hängt mit den Briefwählern zusammen. Da einige ausgewählte Stimmbezirke gleichzeitig Briefwahlbezirk für einen ganzen Wahlbezirk gewesen sind, ist die Zahl der Wähler und damit entsprechend die Wahlbeteiligung überhöht.

Da das politische Interesse an der diesjährigen Kommunalwahl besonders groß war, wurde die Stichprobe - wie bei Bundes- und Landtagswahlen üblich - für zwei Zwecke verwendet. Einmal wurde am Wahlabend das Landesergebnis weit vor dem Endergebnis errechnet und zum anderen nach dem Wahltag das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht untersucht.

### Berechnungen am Wahlabend

Bei den vorangegangenen Wahlen war das frühzeitige Berechnen des Landesergebnisses

aus den Stichprobenbezirken so gut gelungen, daß es auch für die Kommunalwahl 1974 vorgesehen wurde. Da diese Berechnungen nur sinnvoll sind, wenn sie weit vor dem Endergebnis vorliegen, wurden die Gemeinden ausführlich über das anzuwendende Auszählungs- und Meldeverfahren unterrichtet. Die Gemeinden hatten danach das Ergebnis der sogenannten ersten Auszählung, d. h. ohne Klärung von Zweifelsfällen, z. B. über die Gültigkeit einer Stimme, unmittelbar an die Landeswahlzentrale zu melden. So war es möglich, daß schon eine Stunde nach Schließung der Wahllokale erste Tendenzmeldungen und um 20.30 Uhr das vorläufige Endergebnis der Repräsentation bekannt gemacht werden konnten. Zu diesem Zeitpunkt lag erst ein Kreisendergebnis (20.08 Uhr) vor und das Landesendergebnis konnte erst um 23.35 Uhr, also drei Stunden später, veröffentlicht werden. Wie die folgende Übersicht zeigt, stimmte schon die Tendenzmeldung aus 0,7% der Wahlberechtigten recht gut mit dem Landesendergebnis überein. Daß das Landeszwischenergebnis mit 57,7% der Wahlberechtigten beinahe dem Endergebnis entsprach, muß als Zufall angesehen werden. Die Erfahrung aus den vorangegangenen Wahlen zeigt, daß dies selten der Fall ist, weil es immer darauf ankommt, ob in solchen Zwischenergebnissen die Kreise so gemischt sind, daß extreme Ergebnisse ausgeglichen werden.

Der Versuch mit der halbierten Stichprobe hat gezeigt, daß es durchaus möglich ist, mit wenigen Stimmbezirken Tendenzen und ein ziemlich genaues Landesergebnis früh-

### Ergebnis am Wahlabend

Ergebnis (Anteil der Wahlberechtigten, die dem jeweiligen Ergebnis zugrunde liegen)	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf		
		CDU	SPD	FDP
in %				
Tendenzmeldung 19.10 Uhr (0,7 %)	etwa 76	über 50	unter 40	bei 9
Verhältnisschätzung 19.30 Uhr (1,2 %)	77	52	36	9
Vorläufiges Endergebnis der Repräsentation 20.30 Uhr (1,9 %)	78,5	52,5	36,0	9,5
Landeszwischenergebnis 21.56 Uhr (57,7 %)	78,2	52,6	35,6	9,1
Vorläufiges Endergebnis 23.35 Uhr (100 %)	79,1	53,1	35,6	9,0
Endergebnis	79,2	53,1	35,6	9,0

zeitig zu erstellen. Um auch ein gesichertes Ergebnis bei einer tieferen Untersuchung über das Wahlverhalten zu erhalten, wird es aber erforderlich sein, bei Bundes- und Landtagswahlen mit Ergebnissen aus einer 4%igen Stichprobe zu arbeiten.

#### Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

Der ursprüngliche Zweck der Stichprobe ist es, die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den Altersgruppen und Geschlechtern zu erfassen. Die Wahlbeteiligung wird anhand der Wählerverzeichnisse festgestellt. Die ausgewählten Stimmbezirke hatten nach den Wählerverzeichnissen Listen anzufertigen, aus denen die Zahl der Wahlberechtigten, der Wähler und der Nichtwähler nach zehn Altersgruppen und dem Geschlecht hervorgingen.

Um die Stimmabgabe ebenfalls nach Alter und Geschlecht unterscheiden zu können, erhielten die Wähler in den Auswahlbezirken Stimmzettel mit einem Aufdruck, der einen Schlüsselbuchstaben, die Kennzeichnung Mann/Frau und die verschiedenen Geburtsjahrgruppen enthielt. Mit Hilfe dieser Merkmale wurden die Stimmzettel nach fünf Geburtsjahrgruppen und dem Geschlecht ausgezählt. Da bei den Kommunalwahlen im Gegensatz zu den Bundes- und Landtagswahlen die Briefwähler der jeweiligen Gemeinde zugeordnet werden und deshalb ihre Stimmzettel in die Wahlurne der anderen Wähler gesteckt werden, erhielten auch sie entsprechend gekennzeichnete Stimmzettel. Sonst wäre das Wahlgeheimnis gefährdet gewesen, was aber gerade verhindert werden soll.

#### Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung war die bisher höchste bei einer Kommunalwahl in Schleswig-Holstein. Nach dem Stichprobenergebnis gingen am 24. März 80,5% der Wahlberechtigten zur Wahl. Damit blieb nur jeder Fünfte der Wahl fern. Bei der Wahl im Jahre 1970 ist es noch jeder Vierte gewesen. Das Wahlinteresse der Männer und Frauen unterscheidet sich, wie schon die letzte Bundes- und Landtagswahl gezeigt hat, kaum noch. Es lag unter den Männern bei 80,7% und unter den Frauen bei 80,4%. Es ist bei den Frauen stärker gestiegen (von 73,0% auf 80,4%) als bei den Männern (von 74,1% auf 80,7%). Trotzdem ist unter den Nichtwählern der Anteil der Frauen wegen ihres hohen Anteils an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten weiterhin höher als der der Männer (54% zu 46%).

Die Wahlbeteiligung steigt wie bisher mit wachsendem Alter. Die jüngeren Wahl-

#### Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht

Altersgruppe	Männer	Frauen	Zusammen	dagegen
				1970
Wahlbeteiligung in %				
18 bis 20	70,5	70,0	70,3	60,7
21 " 24	64,7	61,7	63,3	52,5
25 " 29	67,8	68,4	68,1	57,1
30 " 34	73,1	75,4	74,2	68,2
35 " 39	79,9	81,7	80,8	75,5
40 " 44	85,1	83,5	84,3	78,6
45 " 49	86,8	86,2	86,5	81,9
50 " 59	90,1	86,0	87,6	81,6
60 " 69	89,5	87,3	88,3	82,1
70 und älter	86,7	81,0	83,2	76,4
Zusammen	80,7	80,4	80,5	73,5

berechtigten gingen wiederum am wenigsten zur Wahl. Bemerkenswert ist, daß die Wahlbeteiligung der 18- bis 20jährigen abermals bedeutend höher ist als die der 21- bis 24jährigen. Dies konnte bei allen Wahlen seit 1970 beobachtet werden, als die 18- bis 20jährigen erstmals wahlberechtigt wurden. Am höchsten ist die Wahlbeteiligung in den Jahrgängen zwischen 45 und 70 Jahren. Obwohl sie bei den über 70 Jahre alten Wahlberechtigten abfällt, ist sie dort noch höher - teilweise sogar deutlich - als bei den unter 40jährigen.

Unterscheidet man die Wahlbeteiligung nach dem Geschlecht, so stehen die 21- bis 24jährigen Frauen am Ende der Wahlbeteiligungsskala (61,7%), gefolgt von den Männern der gleichen Altersgruppe (64,7%). In dieser Altersgruppe ist der Anteil der Nichtwähler fast doppelt so groß wie im Durchschnitt. Eine gleich große Nichtbeteiligung war 1970 festgestellt worden. An der Spitze stehen die 50- bis 59jährigen Männer und an zweiter Stelle die 60- bis 69jährigen Männer. Dann folgt die erste Altersgruppe der Frauen: die 60- bis 69jährigen. Die Wahlbeteiligung der Männer ist nur in den beiden Altersgruppen 25 bis 29 Jahre und 30 bis 34 Jahre niedriger als die der Frauen. Der Abstand zwischen den Geschlechtern ist bei den ältesten Wählern am größten. Hier gingen 86,7% der Männer zur Wahl und nur 81,0% der Frauen.

#### Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Die Männer haben bei dieser Wahl den Ausschlag für den hohen CDU-Anteil gegeben. Erstmals haben über die Hälfte der Männer für die CDU gestimmt (51,8%). Die Frauen bevorzugten allerdings nach wie vor - von der Bundestagswahl 1972 abgesehen - in noch stärkerem Maße die CDU (54,7%). Auch nach Altersgruppen aufgeteilt sind die Stimmabgaben der Frauen für die CDU jeweils

Verteilung der gültigen Stimmen nach Alter und Geschlecht

Altersgruppe	Von den gültigen Stimmen der ... entfallen auf					
	Männer			Frauen		
	CDU	SPD	FDP	CDU	SPD	FDP
	in %			in %		
18 bis 24	40,8	42,8	12,1	41,2	42,4	13,4
25 " 34	48,7	37,5	10,9	50,7	35,4	11,9
35 " 44	52,1	36,6	9,0	52,9	35,2	9,7
45 " 59	54,3	34,6	8,7	58,2	31,5	8,6
60 und älter	55,8	34,5	7,0	58,1	33,1	6,5
Zusammen	51,8	36,4	9,0	54,7	34,2	9,0

höher als die der Männer. Bemerkenswert ist, daß nicht die über 60jährigen Frauen am häufigsten für die CDU stimmten, sondern die 45- bis 59jährigen (58,2%). An dritter Stelle folgen die über 60jährigen Männer mit 55,8%. Die CDU hat nur bei den unter 35 Jahre alten Männern und den unter 25 Jahre alten Frauen nicht die absolute Mehrheit erhalten. Die CDU-Anteile sind in allen Altersgruppen mehr oder weniger kräftig gestiegen. Besonders hoch war der Zuwachs unter den 45- bis 59jährigen mit 10 Punkten (1970 = 46,5%, 1974 = 56,5%). Bei der Kommunalwahl 1970 hatte die CDU nur von den über 60jährigen die Hälfte der Stimmen erhalten, dieses Jahr konnte sie in den drei Altersgruppen ab 35 Jahre über die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen.

Wie bisher haben die Männer häufiger die SPD gewählt (36,4%) als die Frauen (34,2%), der Abstand ist aber geschrumpft. Allerdings stimmten bei dieser Wahl wie bei der Landtagswahl 1971 auch die Männer häufiger für die CDU, während sie sonst immer die SPD bevorzugten. Nur in den jüngsten Altersgruppen waren die Stimmenanteile der SPD größer als die der CDU. Von den Männern erhielt die SPD hier 42,8% der gültigen Stimmen und von den Frauen 42,4%, von beiden Geschlechtern zusammengefaßt waren es 1970 noch 49,6% und jetzt 42,7%. Auch in den anderen Altersgruppen mußte die SPD Verluste hinnehmen. Besonders hoch waren sie in den mittleren Jahrgängen. Sie mußte dadurch die Mehrheit in den Altersgruppen zwischen 25 und 44 Jahren an die CDU abtreten. Die Tendenz, daß die CDU-Anteile mit wachsendem Alter steigen und die der SPD fallen, ist erhalten geblieben.

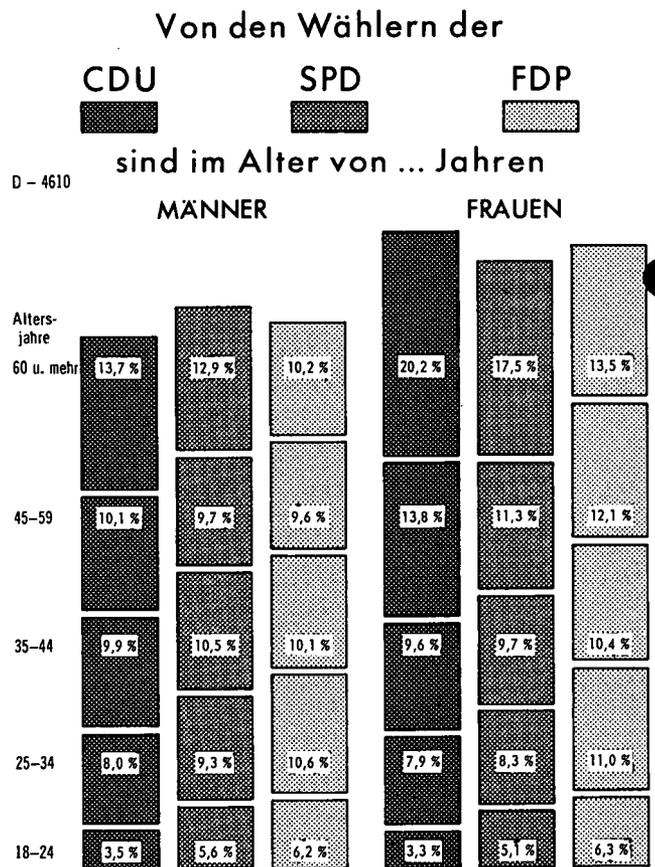
Für die FDP stimmten Männer und Frauen gleich häufig (9%). Wie bei der SPD fallen die Stimmenanteile mit wachsendem Alter. Die größten Anteile fielen auf die FDP in der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre; von den Männern gaben hier 12,1% ihre Stimme

der FDP und von den Frauen sogar 13,4%. In dieser Altersgruppe konnte die FDP auch gegenüber 1970 die größten Stimmengewinne buchen.

Wählerstruktur der Parteien

Im vorangegangenen Abschnitt wurde die Stimmenverteilung jeweils innerhalb einer Altersgruppe oder eines Geschlechts beobachtet. Geht man jedoch von der Gesamtstimmenzahl einer Partei aus und fragt, von welchen Altersgruppen und von welchem Geschlecht die Stimmen gekommen sind, so ergibt sich ein anderes Bild. Das liegt daran, daß die Altersgruppen unterschiedlich besetzt sind, und vor allem daran, daß die Zahl der Frauen größer ist als die der Männer. Der Anteil der wahlberechtigten Frauen macht trotz der in das Wahlalter hineinwachsenden jüngeren Jahrgänge, bei denen die Männer überwiegen, immer noch 53,7% aus und der der Männer entsprechend 46,3%. Da die Wahlbeteiligung der Frauen etwas geringer ist, verschiebt sich die Relation bei den Wählern auf 53,5% zu 46,5%.

Die Wählerschaft der CDU besteht nach wie vor überwiegend aus Frauen, und zwar sind 54,8% der CDU-Wähler Frauen und entsprechend 45,2% Männer. Dieser Anteil ist im Verhältnis zum Gesamtanteil der weib-



Aufteilung der gültigen Stimmen der Parteien

Altersgruppe	Von den Wählern der ... sind			Von allen Wählern sind
	CDU	SPD	FDP	
in %				
Männer				
18 bis 24	3,5	5,6	6,2	4,6
25 " 34	8,0	9,3	10,6	8,7
35 " 44	9,9	10,5	10,1	10,1
45 " 59	10,1	9,7	9,6	9,9
60 und älter	13,7	12,9	10,2	13,2
Zusammen	45,2	48,1	46,7	46,5
Frauen				
18 bis 24	3,3	5,1	6,3	4,2
25 " 34	7,9	8,3	11,0	8,2
35 " 44	9,6	9,7	10,4	9,7
45 " 59	13,8	11,3	12,1	12,7
60 und älter	20,2	17,5	13,5	18,7
Zusammen	54,8	51,9	53,3	53,5
Männer und Frauen				
18 bis 24	6,8	10,7	12,5	8,8
25 " 34	15,9	17,6	21,6	16,9
35 " 44	19,5	20,2	20,5	19,8
45 " 59	23,9	21,1	21,7	22,6
60 und älter	34,0	30,3	23,7	31,9
Insgesamt	100	100	100	100

lichen Wähler überdurchschnittlich, während er bei den Männern unterdurchschnittlich ist. Bei den letzten Bundes- und Landtagswahlen ist der Frauenanteil der CDU noch höher gewesen. Überdurchschnittliche Anteile einer Altersgruppe finden sich bei der CDU, wie in den vorangegangenen Jahren, erst ab 45 Jahre, und zwar sowohl bei den Männern

als auch bei den Frauen. Diese Altersgruppen stellen insgesamt knapp sechs Zehntel (57,9%) der CDU-Wähler. Auf die Männer entfällt knapp ein Viertel (23,8%) und auf die Frauen ein Drittel (34,0%). In den jüngeren Jahrgängen ist die CDU-Wählerschaft unterrepräsentiert. Gut ein Viertel aller Wähler sind unter 35 Jahre alt, aber nur reichlich ein Fünftel der CDU-Wähler.

Die Wähler der SPD sind ebenfalls überwiegend, wenn auch nicht so deutlich wie bei der CDU, Frauen (51,9%). Das ist erst seit der Bundestagswahl 1969 der Fall. Allerdings entspricht der Anteil der SPD-Wählerinnen nicht ganz dem Gesamtanteil der Wählerinnen, während der Anteil der Männer weiterhin darüber liegt. Die Wähler bis 45 Jahre machen die Hälfte der SPD-Wähler aus, davon entfallen jeweils die Hälfte auf Männer und Frauen. Die SPD weist in diesen Jahrgängen einen überdurchschnittlichen Anteil aus.

Die Wählerschaft der FDP setzt sich ebenfalls überwiegend aus Frauen zusammen (53,3%). Bei den vorangegangenen Wahlen haben immer die Männer den größeren Anteil gestellt. Besonders hoch ist der FDP-Anteil in den jüngeren Jahrgängen. Über ein Drittel der FDP-Wähler ist unter 35 Jahre alt, aber nur ein Viertel der gesamten Wähler. Demgegenüber sind gut drei Zehntel aller Wähler über 60 Jahre alt, aber nur knapp ein Viertel der FDP-Wähler.

Walter Dahms

Vergleiche auch: "Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht (Kommunalwahl 1970)" in dieser Zeitschrift 1970, S. 171 (August)

## Hochbau 1973

Die Hochbaustatistik vermittelt einen Überblick über die Fertigstellungen und Genehmigungen von Wohn- und Nichtwohngebäuden. Dabei sind die monatlichen Erhebungen der Baugenehmigungen trotz des gewissen Zeitverlustes, der durch den Verwaltungsweg zwischen Erteilung und Meldung der Baugenehmigung entsteht, ein guter Indikator für die Konjunktur im Baugewerbe, denn sie vermitteln kurzfristig Erkenntnisse über die künftige Entwicklung im Teilbereich Hochbau. Im vergangenen Jahr konnte hieran beispielsweise das Ausmaß der Auswirkungen der Stabilitätsmaßnahmen der Bundesregierung - Aussetzung der Sonderabschreibung nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes im Zusammenspiel mit den geld- und kreditpolitischen Maßnahmen der Bundesbank - abgelesen werden. Die Fertigstellungen des laufenden Jahres sind dagegen durch

konjunkturpolitische Maßnahmen nur noch geringfügig zu beeinflussen, weil die Bauarbeiten zum größten Teil schon im Gange sind, wenn eine Maßnahme ergriffen wird, und allenfalls noch verzögert werden können. Jeweils zum Jahresende werden durch die Bauüberhangserhebung die genehmigten Wohn- und Nichtwohngebäude mit ihren Wohnungen ermittelt, die noch nicht als fertiggestellt gemeldet wurden, womit ein Überblick über die zu Beginn des neuen Jahres als Bauvorrat vorhandenen Objekte und damit über die Aussichten der Bauproduktion im neuen Jahr gewonnen wird.

### Rekordergebnis der Wohnungsproduktion

Das Jahr 1973 brachte im schleswig-holsteinischen Wohnungsbau mit insgesamt 35 246 fertiggestellten Wohnungen nochmals eine

Fertiggestellte Wohnungen 1973

	Neubauten	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	Insgesamt
Wohnbau	33 040	1 261	34 301
Nichtwohnbau	916	29	945
Hochbau insgesamt	33 956	1 290	35 246

erhebliche Steigerung gegenüber 1972, und zwar um 3 700 Wohnungen oder 12%, obwohl bereits im Jahre 1972 ein bis dahin noch nicht erreichtes Ergebnis erzielt worden war.

Mit diesem neuen Rekordergebnis konnte schon zu Beginn des Jahres 1973 gerechnet werden, denn der Bauüberhang hatte mit 45 889 Wohnungen den bisher höchsten Stand erreicht. Zu einer optimistischen Prognose gab aber vor allem die Tatsache Anlaß, daß über die Hälfte (54%) dieser Wohnungen bereits unter Dach stand und bei weiteren 29% der Bau bereits begonnen war, so daß sich für den "echten" Bauüberhang der sehr hohe Anteil von 83% ergab. Darüber hinaus dürften die Witterungsverhältnisse sowohl im Winter als auch im Herbst den Wohnungsbau begünstigt haben. Dagegen haben sich die Restriktionsmaßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank nur geringfügig auf die Produktion von Wohnungen im Jahre 1973 ausgewirkt. Das liegt ganz selbstverständlich darin begründet, daß zwischen der Erteilung einer Genehmigung für ein Bauvorhaben und seiner Fertigstellung in der Regel mindestens ein halbes Jahr vergeht. So war auch für 87% der 1973 fertiggestellten Wohnungen der Bau bereits 1972 und früher freigegeben worden, und für nur knapp 2% liegt das Baugenehmigungsdatum im zweiten Halbjahr 1973. Daß dieser niedrige Anteil der im zweiten Halbjahr 1973 genehmigten Bauten an den Fertigstellungen von 1973 noch nicht in Zusammenhang steht mit den Maßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank, zeigen die nahezu gleichen Verhältnisse in den Vorjahren.

Großgebäude mit höchstem Anteil an Kleinwohnungen

1973 wurden 12 071 neue Wohngebäude mit 33 040 Wohnungen errichtet. Von den Wohngebäuden sind 79% Einfamilienhäuser, 10% Zweifamilienhäuser und 11% Mehrfamilienhäuser (Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen). Bei einer weiteren Untergliederung der Mehrfamilienhäuser nach ihrer Größe - gemessen an der Zahl der Wohnungen - fällt die hohe Zahl der Großgebäude mit 20 und mehr Wohnungen auf. 1973 wurden immerhin 228 Gebäude dieser Größenordnung

gebaut. Ihre Größe wird erst richtig daran deutlich, daß in ihnen 12 819 Wohnungen liegen und damit durchschnittlich 56 Wohnungen auf ein Gebäude entfallen.

Bei dieser Klassifizierung der Gebäude nach der Zahl ihrer Wohnungen ist zu beachten, daß die Wohnungen unterschiedlich groß sind und keine Aussage über die Zahl der Räume in diesen Wohnungen und vor allem keine Angaben über die Wohnfläche enthalten sind. Deshalb soll zur Entwicklung einer besseren Vorstellung über die Größe der Gebäude die Größe der Wohnungen nach ihrer Raumzahl herangezogen werden. Zur Methode sei erläuternd hinzugefügt, daß bei der Klassifizierung der Wohnungen nach der Zahl der Räume die Küche als Raum gerechnet wird, nicht dagegen die Räume mit weniger als 6 qm Wohnfläche. Dabei fällt auf, daß in den Großgebäuden jede dritte Wohnung nur einen Raum hat, und mehr als die Hälfte der Wohnungen nicht mehr als zwei Räume enthält. Damit sind diese ausgesprochenen Kleinwohnungen überdurchschnittlich stark in den Großgebäuden vertreten. Hierzu sei aber noch angemerkt, daß die meisten Kleinwohnungen keine Küche, sondern eine Kochnische haben, so daß hier tatsächlich ein oder zwei Zimmer in der Wohnung vorhanden sind. Das Ausmaß der Konzentration dieser Kleinwohnungen wird noch deutlicher daran sichtbar, daß 90% der Einraumwohnungen und 70% der Zweiraumwohnungen der Produktion des Jahres 1973 auf die Großgebäude entfallen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß ein ganz wesentlicher Anteil der Kleinwohnungen in Großgebäuden Zweitwohnungen sind, was aus dem Ort der Fertigstellung geschlossen werden kann. Genaue Unterlagen über die Art der Nutzung einer Wohnung liegen leider nicht vor, weil in vielen Fällen zum Zeitpunkt der Baugenehmigung, in dem die statistischen Angaben festgehalten werden, darüber noch nichts bekannt ist und deshalb keine derartige Angabe verlangt werden kann.

1973 fertiggestellte Wohngebäude nach der Größe

Gebäudegröße	Anzahl der Gebäude	Wohnungen	
		insgesamt	ie Gebäude
Gebäude mit			
1 Wohnung	9 574	9 574	1
2 Wohnungen	1 209	2 418	2
3 Wohnungen	116	348	3
4 - 6 Wohnungen	410	2 137	5
7 - 12 Wohnungen	420	3 899	9
13 - 19 Wohnungen	114	1 845	16
20 und mehr Wohnungen	228	12 819	56
Wohngebäude insgesamt	12 071	33 040	3

Andererseits kann davon ausgegangen werden, daß der größte Teil der Kleinwohnungen, die in Fremdenverkehrsgemeinden entstanden sind, als Zweitwohnungen genutzt werden.

Wohnungen mit fünf und mehr Räumen sind in den Großgebäuden relativ selten vertreten, nicht einmal jede zehnte Wohnung ist so groß. Relativ häufig unter den Mehrfamilienhäusern sind die Gebäude mit 7 bis 12 Wohnungen und mit 4 bis 6 Wohnungen. In diesen beiden Größenklassen herrschen die Wohnungen mit vier Räumen mit einem Anteil von jeweils 42% ganz eindeutig vor.

Gemessen an der Zahl der Gebäude sind die Einfamilienhäuser weitaus von größter Bedeutung. In ihnen befinden sich ganz selbstverständlich - von geringen Ausnahmen abgesehen - mindestens vier Räume. Bei diesen Ausnahmen handelt es sich wahrscheinlich nahezu ausschließlich um Wochenend- und Ferienhäuser. Mindestens jedes sechste Einfamilienhaus hat sieben und mehr Räume, und fast jedes zweite Gebäude umfaßt mindestens sechs Räume. Bei den Zweifamilienhäusern hat dagegen nur noch jede

siebente Wohnung mindestens sechs Räume. Andererseits ist dort jede zehnte Wohnung eine Kleinwohnung mit höchstens zwei Räumen, wobei es sich im wesentlichen um Einliegerwohnungen handeln wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Anteil der kleinen Wohnungen mit höchstens drei Räumen mit der Größe der Gebäude wächst. Eine Ausnahme von dieser Regel sind nur die Gebäude mit drei Wohnungen, bei denen der Anteil dieser kleinen Wohnungen mit 43% genau so groß ist wie bei den Gebäuden mit 13 bis 19 Wohnungen. Von dieser Ausnahme abgesehen steigt der Anteil der kleinen Wohnungen von 3% bei den Einfamilienhäusern und 25% bei den Zweifamilienhäusern über 36% bei den Gebäuden mit 7 bis 12 Wohnungen ständig und erreicht schließlich einen Anteilswert von 72% bei den Großgebäuden. Insgesamt gesehen fallen 40% der Wohnungen in diese Größenklasse.

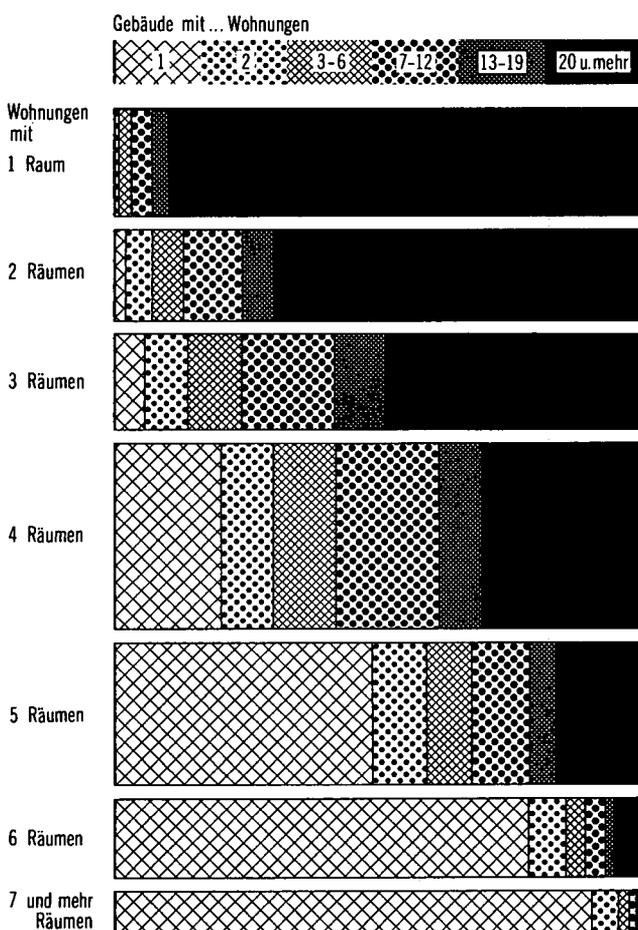
Sogar ohne Einschränkung gilt, daß die durchschnittliche Zahl der Räume je Wohnung mit der Größe der Gebäude sinkt. So befinden sich in den 1973 fertiggestellten Einfamilienhäusern durchschnittlich 5,5 Räume, während in den Zweifamilienhäusern nur noch 4,3 Räume je Wohnung vorhanden sind. Auf die gleiche Größe von 3,9 Räumen je Wohnung kommen die Gebäude mit 3 und mit 4 bis 6 Wohnungen. Die Gebäude mit 7 bis 12 Wohnungen bleiben dann bereits unter dem Gesamtdurchschnitt von 3,8 Räumen je Wohnung. Erheblich darunter liegen die Großgebäude mit nur 2,5 Räumen je Wohnung. Von den insgesamt 125 468 hinzugekommenen Räumen sind 101 312 Zimmer und 24 156 Küchen. Von den Zimmern sind 81%, von den Küchen dagegen nur 20% über 10 Quadratmeter groß.

39% der Einfamilienhäuser werden von Beamten und Angestellten gebaut

An den Fertigstellungen im Wohnneubau sind die privaten Haushalte mit 39% und die Wohnungsunternehmen mit 35% nahezu gleich stark beteiligt, wobei das Schwergewicht der privaten Haushalte natürlich bei den Ein- und Zweifamilienhäusern liegt, während die Wohnungsunternehmen sich vor allem auf die Mehrfamilienhäuser konzentrieren. Neben den Wohnungsunternehmen sind noch die sonstigen Unternehmen mit einem Anteil von 23% zu erwähnen. Dagegen sind die öffentlichen Bauherren im Wohnungsbau von untergeordneter Bedeutung.

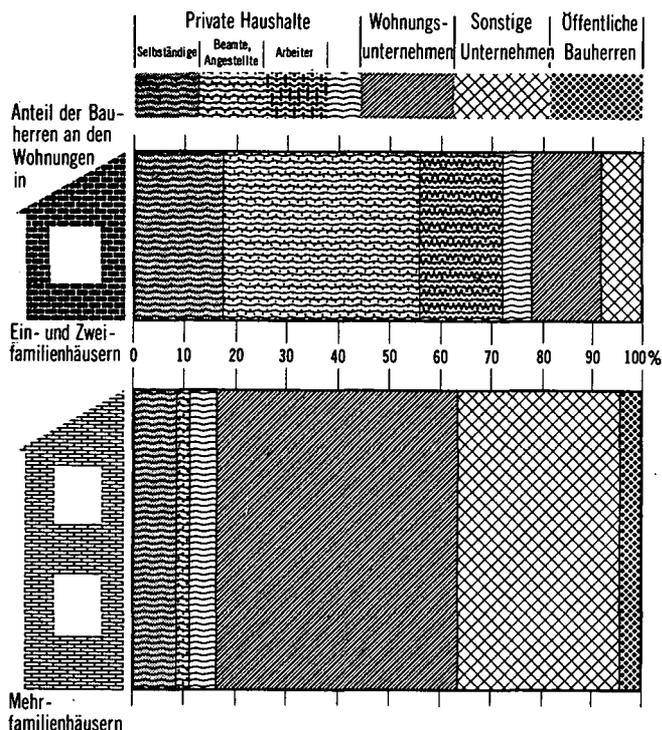
Daß der Markt für Ein- und Zweifamilienhäuser ganz eindeutig von den privaten Haus-

D - 4591 Fertiggestellte Wohnungen in Wohngebäuden 1973 nach der Größe



## Fertiggestellte Wohnungen in Wohngebäuden 1973 nach Bauherren

D - 4592



halten beherrscht wird, kann an dem Anteil von 78% abgelesen werden. Unter den privaten Haushalten sind wiederum die Beamten und Angestellten die eindeutig vorherrschende Bauherrengruppe, denn sie allein zeichneten für 39% der in Ein- und Zweifamilienhäusern fertiggestellten Wohnungen als Bauherren. Die zweitstärkste Bauherrengruppe unter den privaten Haushalten, die Selbständigen, folgen dann bereits mit einem erheblichen Abstand. Trotzdem bleibt ihr Anteil von 17% an der Gesamtzahl nennenswert, denn dahinter stehen immerhin 2 086 Wohnungen. Von nahezu gleicher Bedeutung ist die nachfolgende Bauherrengruppe der Arbeiter, die 16% der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern bauten. Damit liegen sie noch über der Leistung aller Wohnungsunternehmen, die auf einen Anteil von 14% kommen.

Vollkommen andere Verhältnisse ergeben sich bei den Fertigstellungen von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Hier zeichneten die gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsunternehmen für 28% und die sonstigen Wohnungsunternehmen für 19% der Wohnungen als Bauherren, so daß fast jede zweite Wohnung in Mehrfamilienhäusern von Wohnungsunternehmen gebaut wurden. Auf sonstige Unternehmen kommen weitere 32%; auf die privaten Haushalte entfallen immerhin noch 16%, was im wesentlichen auf die Selbständigen zurückzuführen ist, die allein 9% auf sich vereinen.

Produktion von Nichtwohngebäuden ebenfalls gestiegen

Im schleswig-holsteinischen Nichtwohnbau 1973 ist wie im Wohnbau eine positive Entwicklung der Produktion gegenüber 1972 zu vermelden, und zwar sind 1973 insgesamt 2 055 Nichtwohngebäude mit etwa 9,7 Mill. cbm umbauten Raumes und rund 1,7 Mill. qm Nutzfläche gebaut worden. Das sind 141 Gebäude (7%) mehr als 1972. Noch erheblich größer war die Zunahme beim umbauten Raum (14%) und bei der Nutzfläche (15%), woraus sich ergibt, daß die 1973 errichteten Gebäude durchschnittlich größer sind als 1972. Tatsächlich hatte 1973 ein Nichtwohngebäude im Durchschnitt 4 714 cbm umbauten Raumes und 842 qm Nutzfläche gegenüber durchschnittlich 4 446 cbm umbauten Raumes und 786 qm Nutzfläche im Jahre 1972.

1973 fertiggestellter umbauter Raum in Nichtwohngebäuden nach Gebäudeart und Bauherren

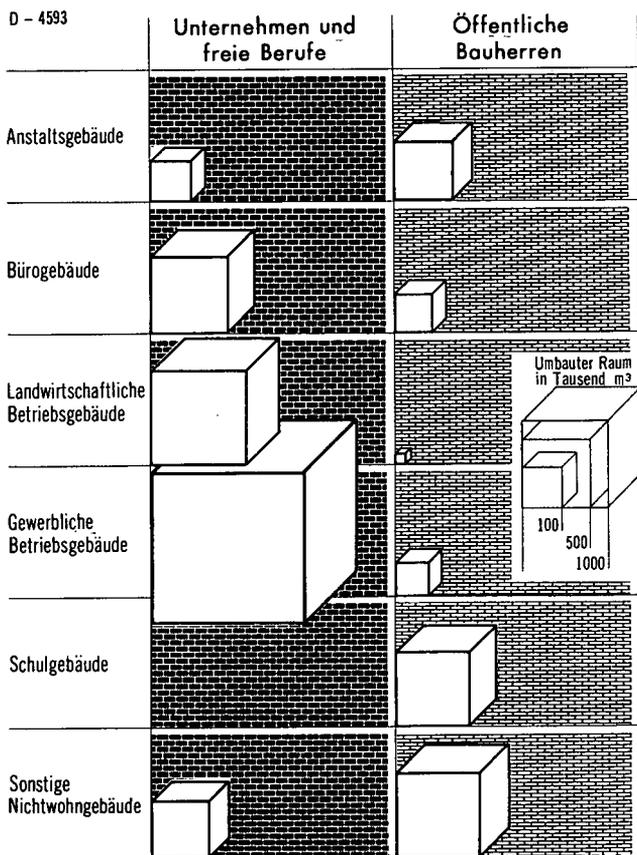
Gebäudeart	Insgesamt	darunter erbaut durch	
		Unternehmen und freie Berufe	öffentl. Bauherren
		1 000 m <sup>3</sup>	
Anstaltsgebäude	418	105	307
Bürogebäude	781	674	81
Landw. Betriebsgebäude	1 037	1 029	2
Gewerbl. Betriebsgebäude	5 536	5 412	61
Schulgebäude	646	--	646
Sonstige Nichtwohngebäude	1 268	279	926
<b>Nichtwohngebäude insges.</b>	<b>9 687</b>	<b>7 499</b>	<b>2 023</b>

Die positive Entwicklung ist ganz wesentlich auf die Zunahme bei den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden zurückzuführen, von denen 39% mehr mit 13% mehr umbautem Raum und 42% mehr Nutzfläche gebaut wurden als 1972. Andererseits muß auch bei den Anstaltsgebäuden von einer positiven Entwicklung gesprochen werden, obwohl mit 45 Gebäuden 6 weniger als 1972 fertig wurden. Diese 45 Gebäude waren aber durchschnittlich wesentlich größer als die 51 des Jahres 1972, denn 1973 entfielen durchschnittlich auf ein Anstaltsgebäude 9 298 cbm umbauten Raumes und 1 742 qm Nutzfläche gegenüber 5 335 cbm umbauten Raumes und 1 241 qm Nutzfläche im Jahre 1972. Auch die 1973 gebauten 91 Schulgebäude - 14 mehr als 1972 - sind größer als 1972, und zwar enthalten sie durchschnittlich 7 097 cbm umbauten Raum (1972 = 6 340 cbm) und 1 590 qm Nutzfläche (1 355 qm).

Als Bauherren zeichneten im Nichtwohnbau ganz überwiegend die Unternehmen und freien Berufe, die 77% der Gebäude auf sich vereinen. Die öffentlichen Bauherren kommen auf einen

## Fertiggestellte Nichtwohngebäude 1973

Beteiligung der Bauherrngruppen an den einzelnen Gebäudearten



Anteil von 19%, während die privaten Haushalte mit ihren 4% von untergeordneter Bedeutung sind. Natürlich sind die Bauherrngruppen an den einzelnen Gebäudearten unterschiedlich stark beteiligt. So bauten die öffentlichen Bauherren alle Schulgebäude, zwei Drittel der Anstaltsgebäude und 60% der "sonstigen Nichtwohngebäude", zu denen beispielsweise Kirchen, Theater, Schwimm- und Turnhallen und Hochbauten der Bundeswehr gehören. Die Unternehmen und freien Berufe haben dagegen fast ausschließlich den Bau der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebsgebäude und zu 86% den Bau der Bürogebäude veranlaßt.

Fast 1 Million Wohnungen zu Beginn dieses Jahres

Mit den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik wird auch der Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen zwischen den in größeren Zeitabständen durchgeführten Totalzählungen fortgeschrieben. Zuletzt wurde der genaue Bestand mit der Gebäude- und Wohnungszählung im Jahre 1968 aufgenommen. Danach wird er von Jahr zu Jahr um den Raumzugang fortgeschrieben, der sich aus dem Saldo der Fertigstellungen des jeweiligen Jahres und

den Abgängen durch Abbruch, Brand, Zusammenlegung und Umwidmung ergibt. Nach dem letzten Fortschreibungsergebnis gab es zu Beginn dieses Jahres in Schleswig-Holstein 477 000 Wohngebäude und 980 000 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Dabei hat sich der Wohnungsbestand in den letzten fünf Jahren jeweils durchschnittlich um fast 27 000 Wohnungen erhöht, so daß noch in diesem Jahre in Schleswig-Holstein die Millionengrenze überschritten werden wird.

Starker Rückgang der genehmigten Wohnungen

Die von den Kreis- und Stadtbauämtern des Landes Schleswig-Holstein erteilten Baugenehmigungen für Wohn- und Nichtwohnbauten geben Aufschluß über die Bauabsichten von natürlichen und juristischen Personen und damit einen Hinweis auf die zukünftige Entwicklung der Hochbautätigkeit in unserem Lande. Nach den im Jahre 1973 erteilten Baugenehmigungen muß sich die Wohnungsbauwirtschaft für die nahe Zukunft auf einen stärkeren Abschwung einstellen. Dieser Abschwung wurde gezielt durch die Restriktionsmaßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank eingeleitet. Hierbei dürfte sich die Hochzinspolitik der Bundesbank noch stärker ausgewirkt haben als die Aussetzung der Sonderabschreibung nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes durch die Bundesregierung.

1973 wurden 27 662 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden zum Bau freigegeben; das sind 6 580 oder 19% Wohnungen weniger als 1972. Zum Jahresende 1973 verstärkte sich der Abschwung immer mehr, denn in der zweiten Jahreshälfte wurden 29% weniger, dagegen im vierten Vierteljahr bereits 38% weniger Wohnungen genehmigt als in den vergleichbaren Vorjahreszeiträumen. Dieser rasante Abstieg, besonders im vierten Vierteljahr, hat sich inzwischen aber schon wieder etwas abgeschwächt, denn im ersten Vierteljahr 1974 waren es nur noch 19% weniger Freigaben als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Bemerkenswert ist, daß von dieser negativen Entwicklung fast ausschließlich die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern betroffen sind, denn die Genehmigungen gingen hier allein um 5 943 oder 29% zurück. Dagegen wurden 1973 nur 114 oder 1,2% Einfamilienhäuser weniger genehmigt als 1972. Trotz dieses starken Rückgangs der Nachfrage macht das Genehmigungsvolumen des Jahres 1973 immerhin noch 95% des Durchschnitts der Jahre 1961 bis 1970 aus. Daran wird deutlich, daß in den Jahren 1971 und 1972 mit den bis dahin noch nie erreichten Rekordergebnissen von 34 557 und 34 242 genehmigten

## Genehmigte Wohngebäude

	1972	1973	Veränderung in %
Einfamilienhäuser	9 255	9 141	- 1,2
Zweifamilienhäuser	1 236	1 095	- 11,4
Mehrfamilienhäuser	1 403	1 112	- 20,7
darin Wohnungen	20 540	14 597	- 28,9
<b>Wohngebäude insgesamt</b>	<b>11 894</b>	<b>11 348</b>	<b>- 4,6</b>
darin Wohnungen	32 267	25 928	- 19,6

Wohnungen außergewöhnliche Verhältnisse vorgelegen haben.

Nach den 1973 erteilten Baugenehmigungen sollten 11 348 Wohngebäude mit 25 928 Wohnungen und 111 196 Räumen entstehen. Die große Masse dieser Wohngebäude sind Einfamilienhäuser; sie stellen 81% der Gebäude. Auf jedes dieser Einfamilienhäuser entfallen durchschnittlich 5,5 Räume und 115 qm Wohnfläche. Auf die Mehrfamilienhäuser verteilen sich im Durchschnitt 13,1 Wohnungen. Diese Wohnungen haben durchschnittlich 3,5 Räume und 73 qm Wohnfläche.

Einfamilienhäuser kosten im Durchschnitt rund 118 000 DM

Für einen Kostenvergleich zwischen den Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern können die veranschlagten reinen Baukosten herangezogen werden. Nicht enthalten sind darin die Grundstückskosten, die Baunebenkosten wie Architektengebühren, die Erwerbskosten, die Kosten der Außenanlagen und die Erschließungskosten. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß es sich um die zum Zeitpunkt der Baugenehmigung kalkulierten Kosten handelt, Preiserhöhungen und weitere Kosten durch Zusatzarbeiten bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung also nicht enthalten sind. Für die "veranschlagten reinen Baukosten" die geeignete Bezugsgröße zu finden, ist sehr schwierig. Trotzdem sollen hier einmal unter allen Vorbehalten der umbaute Raum, die Wohnfläche und die Wohnungszahl dazu verwendet werden.

Am besten als Bezugsgröße geeignet ist noch der umbaute Raum. Hiernach ergeben sich für die einzelnen Gebäudearten kaum nennenswerte Unterschiede. Die Einfamilienhäuser kosten je Kubikmeter umbauten Raumes 172 DM, die Zweifamilienhäuser 173 DM und die Mehrfamilienhäuser 179 DM. Da Wohngebäude bereits als solche gezählt werden, wenn sie nur zur Hälfte Wohnzwecken dienen, kann die Wohnfläche nur mit Einschränkung als Bezugsgröße dienen: ein Quadratmeter Wohnfläche kostete in einem Einfamilienhaus 1 022 DM, in einem Zweifamilienhaus 938 DM und in einem Mehrfamilienhaus 817 DM. Wesentlich stärker eingeschränkt als der

Vergleich nach der Bruttowohnfläche ist natürlich ein Vergleich der Kosten je Wohnung, weil hier die Unterschiede in der Größe der Wohnungen unberücksichtigt bleiben. Trotzdem kann gesagt werden, daß für die 1973 genehmigten Einfamilienhäuser im Durchschnitt rund 118 000 DM als reine Baukosten veranschlagt wurden. Für ein Zweifamilienhaus wurden rund 170 000 DM kalkuliert<sup>1)</sup>, und eine Wohnung im Mehrfamilienhaus sollte im Durchschnitt etwa 59 000 DM kosten. Bei diesen Kostenvergleichen ist neben den bereits erwähnten Einschränkungen zu berücksichtigen, daß in diese Durchschnittsberechnung Gebäude eingehen, die sich in Konstruktion, Ausführung und Ausstattung zum Teil erheblich unterscheiden. Bei der hier gegebenen großen Zahl lassen sich aber derartige Berechnungen von Durchschnittswerten durchaus rechtfertigen.

Wohnungsunternehmen hatten geringsten Rückgang

An den Baugenehmigungen für Wohnungen in neu zu errichtenden Wohngebäuden sind die privaten Haushalte mit 44% am stärksten beteiligt. Mit einem erheblich geringeren Anteil von 21% folgen die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsgesellschaften, die auch zusammen mit den sonstigen Wohnungsunternehmen bei einem Gesamtanteil von 38% hinter den privaten Haushalten zurückbleiben. Auf andere Unternehmen außer Wohnungsunternehmen entfallen weitere 16%.

Die Entwicklung gegenüber 1972 war bei den einzelnen Bauherrengruppen bemerkenswert unterschiedlich. Bei einem durchschnittlichen Rückgang der Baugenehmigungen für Wohnungen um 20% hielten sich die "sonstigen Unternehmen" besonders stark zurück, denn für sie wurden 1973 38% weniger Wohnungen zum Bau freigegeben als 1972. Dagegen war der Rückgang bei den privaten Haushalten mit 17% wesentlich geringer. Noch weniger schränkten sich die Wohnungsunternehmen ein, deren Genehmigungsvolumen sich nur um 13% verringerte.

Nichtwohnbau mit steigender Tendenz

Im Gegensatz zur Entwicklung im Wohnbau ist die Nachfrage nach Nichtwohnbauten gestiegen. Bei 2 108 genehmigten Gebäuden mit 9,3 Mill. cbm umbautem Raum und 1,7 Mill. qm Nutzfläche liegen die Gebäude um 12%, der umbaute Raum um 8% und die Nutzfläche um 11% über dem Ergebnis von 1972.

<sup>1)</sup> Den Preis je Wohnung mit 85 000 DM anzugeben, wäre verfehlt, weil, wie oben gezeigt, etwa ein Viertel der Wohnungen in Zweifamilienhäusern als Einliegerwohnung nur 3 oder weniger Räume haben

## Genehmigte Nichtwohngebäude 1973

Gebäudeart	Anzahl	Quadratmeter Nutzfläche		Kubikmeter umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten je Kubikmeter umbauten Raumes
		je Gebäude	Anteil %	je Gebäude	Anteil %	
Anstaltsgebäude	34	1 582	3,2	6 882	2,5	228
Bürogebäude	156	1 055	9,8	5 188	8,7	253
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	589	381	13,3	1 899	12,0	49
Gewerbliche Betriebsgebäude	859	1 020	51,9	6 028	55,6	89
Schulgebäude	66	2 300	9,0	12 068	8,6	191
Sonstige Nichtwohngebäude	404	533	12,8	2 894	12,6	133
<b>Nichtwohngebäude insgesamt</b>	<b>2 108</b>	<b>800</b>	<b>100</b>	<b>4 414</b>	<b>100</b>	<b>116</b>

Von weitaus größter Bedeutung für den Nichtwohnbau sind die gewerblichen Betriebsgebäude, die mit 859 genehmigten Objekten einen Anteil von 41% stellen. Zu den gewerblichen Betriebsgebäuden gehören unter anderen Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäude, Warenhäuser und Hotels. Noch stärker am Genehmigungsvolumen beteiligt ist diese Gebäudeart gemessen am umbauten Raum und an der Nutzfläche, von denen mehr als die Hälfte auf sie entfällt. Die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude als nächstfolgende Gebäudeart sind dagegen bereits von wesentlich geringerer Bedeutung. Zwar kommen sie nach der Anzahl der genehmigten Gebäude noch auf 28%, aber die Anteile am umbauten Raum und an der Nutzfläche belaufen sich nur auf 12% und 13%. Auf nahezu die gleichen Anteile am umbauten Raum und an der Nutzfläche von jeweils 13% kommen die sonstigen Nichtwohngebäude.

Im Durchschnitt umfaßt ein Nichtwohngebäude 4 414 cbm umbauten Raumes und 800 qm Nutzfläche. Weitaus am größten werden die Schulgebäude geplant, die im Durchschnitt 12 068 cbm umbauten Raumes und 2 300 qm Nutzfläche bekommen sollen. Auch die Anstaltsgebäude werden nach umbautem Raum und Nutzfläche mit 6 882 cbm und 1 582 qm erheblich über der Durchschnittsgröße der Nichtwohnbauten liegen. Dagegen haben die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude, zu denen beispielsweise Ställe, Scheunen, Silos, Gewächs- und Treibhäuser gehören, im Durchschnitt wesentlich geringere Ausmaße.

Mißt man dagegen die Bedeutung der einzelnen Gebäudearten für den Nichtwohnbau an den veranschlagten reinen Baukosten, dann ergeben sich gewisse Verschiebungen. Aber auch hiernach sind die gewerblichen Betriebsgebäude mit einem Anteil von 43% an den kalkulierten Kosten von weitaus größter Bedeutung. Dagegen fallen die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude ganz erheblich zurück, denn sie kommen nur auf einen Kostenanteil von 5% und damit auf denselben Beitrag wie die Anstaltsgebäude. Die Bürogebäude sind nach diesem Wertmaßstab mit 19% wesentlich bedeutungsvoller als nach Anzahl, umbautem

Raum und Nutzfläche. Was für die Bürogebäude gilt, trifft auch für die Schulgebäude zu, die zu 14% an den veranschlagten Kosten beteiligt sind. Auf denselben Anteil wie die Schulgebäude kommen die sonstigen Nichtwohngebäude, womit sich keine nennenswerte Abweichung gegenüber dem Vergleich nach umbautem Raum und Nutzfläche ergibt.

In diesem Zusammenhang ist ein Kostenvergleich zwischen den Gebäudearten interessant, der hier mit den veranschlagten reinen Baukosten je Kubikmeter umbauten Raumes angestellt werden kann. Hierbei ist aber wieder zu berücksichtigen, daß im Nichtwohnbau, noch mehr als im Wohnbau, Gebäude mit sehr unterschiedlichen Konstruktionen und Ausstattungen vor allem schon bei den einzelnen Gebäudearten zusammengefaßt werden. In diesem Vergleich liegen die Bürogebäude mit kalkulierten 253 DM je Kubikmeter an der Spitze, gefolgt von den Anstaltsgebäuden mit 228 DM und den Schulgebäuden mit 191 DM. Über dem Durchschnitt aller Nichtwohngebäude, der sich auf 116 DM je Kubikmeter umbauten Raumes beläuft, liegen dann nur noch die sonstigen Nichtwohngebäude mit 133 DM. Wesentlich weniger Kosten werden dagegen mit 49 DM je Kubikmeter für den Bau von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden veranschlagt. Auch die gewerblichen Betriebsgebäude sind mit 89 DM je Kubikmeter noch relativ kostengünstig.

Jede dritte Mark fließt aus öffentlichen Kassen

An den Baugenehmigungen für neu zu errichtende Nichtwohngebäude sind die Unternehmen und freien Berufe mit 1 675 von insgesamt 2 108 Gebäuden weitaus am stärksten beteiligt. Gemessen am umbauten Raum und an der Nutzfläche kommt diese Bauherrengruppe auf Anteile von 78% und 77%. Aber auch hier ergibt sich eine andere Gewichtung, wenn als Maßstab für die Beteiligung am Nichtwohnbau die veranschlagten reinen Baukosten herangezogen werden. Dann kommen die Unternehmen und freien Berufe auf einen

Anteil von 65%, für die öffentlichen Bauherren ergeben sich dagegen Anteilswerte von 21% am umbauten Raum, 22% an der Nutzfläche und 34% an den Kosten. Das bedeutet wiederum, daß die öffentlichen Bauherren am umbauten Raum und der Nutzfläche relativ schwächer beteiligt sind als an den veranschlagten reinen Baukosten, woraus sich ergibt, daß die Bauten der öffentlichen Hand im Durchschnitt teurer sind. Tatsächlich soll im Durchschnitt ein Kubikmeter von sämtlichen Objekten der öffentlichen Bauherren 190 DM kosten, während sich für die Objekte der Unternehmen und freien Berufe nur halb so viel, nämlich ein Durchschnittswert von 97 DM ergibt. Das liegt natürlich an der unterschiedlichen Zweckbestimmung der Objekte dieser verschiedenen Bauherren.

### Fertigteilbau expandiert

Im schleswig-holsteinischen Wohnbau scheint die Fertigteilbauweise jetzt zum Durchbruch zu kommen, nachdem von 1967 bis 1971 ihr Gewicht nahezu konstant geblieben war; ihr Anteil schwankte in diesen Jahren zwischen 8,7% und 9,5%. 1972 wurden dann aber wesentlich mehr Wohnungen zum Montagebau freigegeben, ihr Anteil erhöhte sich nämlich gegenüber 1971 um 4,4 Punkte auf 13,5%. Diese Entwicklung setzte sich auch 1973 fort und ließ den Anteil auf 15,3% anwachsen. Das bedeutet, daß in Schleswig-Holstein mindestens jede siebente von den 1973 zum Bau freigegebenen Wohnungen in Fertigteilbauweise entstehen soll. Zum besseren Verständnis sei kurz erläutert, was nach den Richtlinien für die Bautätigkeitsstatistik als Fertigteilbau ausgewiesen wird. Danach fallen solche Bauwerke darunter, für deren Außen- und Innenwände geschoßhohe oder raumbreite Fertigteile (vorgefertigte Bauteile), zum Beispiel großformatige Wandtafeln, verwendet werden. Vorgefertigte Bauteile sind tragende oder nichttragende Teile, die nicht an der Einbaustelle hergestellt werden. Sie müssen ohne weitere Bearbeitung mit Hilfe von Anschlußmitteln zum Bauwerk zusammengefügt oder mit örtlich (im Bauwerk) hergestellten Bauteilen fest verbunden werden können. Daneben können Teile eines Gebäudes in herkömmlicher Weise erstellt werden. Diese Bauweise bringt sowohl dem Bauunternehmer als auch dem Bauherrn Vorteile. Dem Bauunternehmer hilft sie vor allem das Problem der fehlenden Nachwuchskräfte an Baustellen zu lösen, denn durch das Umsteigen auf Fertigtbau und Vorfertigung wird ein erheblicher Teil der Arbeiten, die in konventioneller Bauweise durch Menschenhand zu erledigen sind, auf die Maschine verlagert. Der Vorteil für den Bauherrn

liegt in erster Linie in der kurzen Bauzeit und der damit verbundenen Senkung der Finanzierungskosten.

Die starke Zunahme des Fertigteilbaus ist im wesentlichen auf die Entwicklung bei den Mehrfamilienhäusern zurückzuführen, denn hier erhöhte sich der Anteil der genehmigten Wohnungen, die im Montagebau erstellt werden sollen, von 7,9% im Jahre 1971 über 14,9% im Jahre 1972 auf 16,7% im Jahre 1973. Auch bei den Einfamilienhäusern nahm die Bedeutung des Fertigteilbaues zu, aber wesentlich geringer als bei den Mehrfamilienhäusern. 1973 wurden 15,0% der Einfamilienhäuser für diese Bauweise genehmigt. Bei den Zweifamilienhäusern konnte sich der Fertigteilbau dagegen noch nicht so durchsetzen, denn hier ergibt sich für 1973 nur ein Anteil von 6,9%.

Jahr	Anteil des Fertigteilbaus	
	bei Wohnungen in Wohngebäuden	beim umbauten Raum in Nichtwohngebäuden
	in % des gesamten Genehmigungsvolumens	
1965	4,4	2,6
1966	11,5	5,2
1967	9,3	6,3
1968	9,4	16,7
1969	8,7	23,2
1970	9,5	28,0
1971	9,1	25,3
1972	13,5	29,5
1973	15,3	32,3

Im schleswig-holsteinischen Nichtwohnbau hat sich der Anstieg des Fertigteilbaus nach dem Einbruch im Jahre 1971 weiter fortgesetzt. Wurden 1965 erst knapp 3% des umbauten Raumes im Montagebau erstellt, so erhöhte sich dieser Anteil besonders stark von 6,3% im Jahre 1967 um über 10 Punkte auf 16,7% im Jahre 1968 bis auf 28% im Jahre 1970. Im Jahre 1971 kam diese Entwicklung zum Stillstand, denn der Anteil verringerte sich auf 25,3%. Der Rückgang war aber nur auf dieses Jahr beschränkt, denn 1972 lag der Anteil mit 29,5% schon wieder über dem des Jahres 1970. Von den genehmigten Nichtwohngebäuden des Jahres 1973 soll bereits fast jeder dritte Kubikmeter des gesamten umbauten Raumes in Fertigteilbauweise erstellt werden.

Bei den einzelnen Gebäudearten hat sich der Fertigtbau unterschiedlich stark durchgesetzt. So kam er besonders bei Schulgebäuden zum Zuge, denn von den 1973 genehmigten 66 Schulgebäuden sollen immerhin 30 im Montagebau erstellt werden. Diese 30 Schulgebäude sind aber überdurchschnittlich groß, so daß sich für den Fertigtbau ein Anteil von nicht weniger als 61,5% am umbauten Raum ergibt.

Auf einen auch nur annähernd so hohen Anteil kommt keine andere Gebäudeart. Etwa jeder dritte Kubikmeter von den gewerblichen Betriebsgebäuden und von den sonstigen Nichtwohngebäuden soll im Montagebau erstellt werden. Wesentlich geringer ist die Bedeutung dieser Bauweise noch bei den Bürogebäuden, landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden und Anstaltsgebäuden, deren Anteile zwischen 16% und 20% liegen.

#### Bauvorrat für 1974 hat sich normalisiert

In dem Bauüberhang, der jeweils zum Ende eines Jahres neu ermittelt wird, gehen alle genehmigten Wohnungen ein, die noch nicht als fertiggestellt gemeldet wurden. Dabei wird unterschieden nach im Bau befindlichen und noch nicht begonnenen Objekten, wobei die im Bau befindlichen nochmals danach untergliedert werden, ob sie bereits unter Dach oder noch nicht unter Dach sind. Der Bauüberhang gibt also den bereits vorhandenen

Bauvorrat für das nächste Jahr an und gilt durch die aufgegliederte Form als Indiz für die kurzfristige Entwicklung der Bauwirtschaft. Durch die Bauüberhangserhebung zum Jahresende 1973 wurde für Schleswig-Holstein ein Bauvorrat von 37 605 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ermittelt. Damit war der Bauvorrat um 18%, also ganz erheblich, niedriger als zum Jahresende 1972. Trotzdem liegt der Bauvorrat für 1974 noch über dem Durchschnitt der letzten zwölf Jahre. Er sollte nicht allein an den ungewöhnlich hohen Bauvorräten der letzten beiden Jahre gemessen werden. Vom Bauüberhang zu Beginn des Jahres 1974 waren bereits 30 028 Wohnungen im Bau, das sind 80% des gesamten Bauvorrats. 17 860 Wohnungen (47%) standen bereits unter Dach.

Peter Möller

Nähere Angaben in den Statistischen Berichten der Reihe F enthalten. Vergleiche auch: "Bautätigkeit und Baugenehmigungen 1972" in dieser Zeitschrift 1973, S. 149 (Juli) und "Bautätigkeit 1973" in Wirtschaft und Statistik 1974, S. 273 (April)

## Arbeitsverdienste im Entwicklungsvergleich

An die amtliche Statistik wird häufig die Frage gerichtet, wie sich "die Verdienste" in einer bestimmten Zeit entwickelt haben. Dem Fragesteller muß dann zunächst erklärt werden, daß es "die Verdienste" in der amtlichen Statistik nicht gibt. Es ist zwar durchaus ein Ansatz denkbar, die Arbeitseinkommen aller Erwerbstätigen zu ermitteln, doch man ist diesen Weg nicht gegangen, weil der Erhebung in manchen Bereichen große Schwierigkeiten entgegenstehen, und weil das Ergebnis, also das durchschnittliche Arbeitseinkommen aller Erwerbstätigen, nur für sehr wenige Zwecke zu gebrauchen wäre. Bei der gegebenen Vielfalt der einzelnen Arbeitseinkommen und ihrer Streubreite wäre der Gesamtdurchschnitt für die meisten Zwecke zu unbestimmt, besonders auch für Fragen der Entwicklung. Ihm ist nämlich nicht anzusehen, zu welchen Anteilen bestimmte Gruppen von Verdienern zu ihm beigetragen haben, deren Verdienste sich in einer Periode stärker oder schwächer als andere erhöht haben.

Überlegt man sich, welche Gruppen von Verdienern es gibt, wie stark sie sind und was die Statistik über ihre Verdienste zu sagen weiß, dann kommt man nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1970 zu folgenden Feststellungen:

Empfänger von Renten, Pensionen, Sozialhilfe usw., mithelfende Familienangehörige (die definitionsgemäß kein Arbeitsentgelt beziehen) und in Ausbildung Stehende sollen hier nicht als "Verdienende" angesehen werden. Läßt man sie fort, so bleiben 781 000 verdienende Erwerbstätige, von denen ein Siebentel selbstständig ist. Unter den 106 000 Selbständigen dominieren mit 31 000 die Landwirte, ferner ist der Handel mit 25 000 stark besetzt, und unter den 22 000 der Wirtschaftsabteilung "Dienstleistung" sind die Freiberuflichen zu finden. Eine Ermittlung der Arbeitseinkommen dieser Unternehmer, Freiberufler, Bauern, selbständigen Handwerker und Handeltreibenden stößt auf zu große definitorische, rechtliche und praktische Schwierigkeiten, so daß sie unterbleibt<sup>1</sup>.

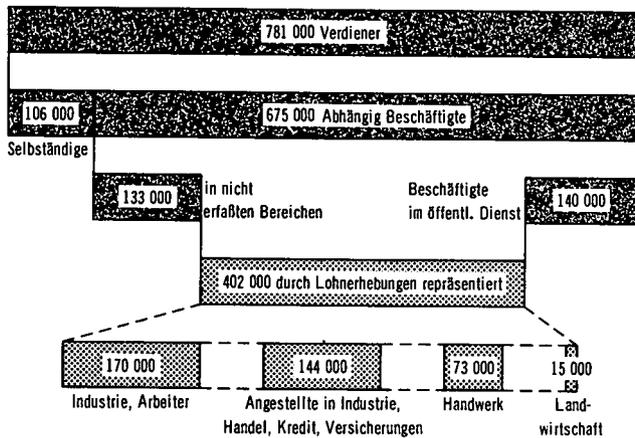
Das Interesse konzentriert sich meist auf die 675 000 abhängig beschäftigten Verdienere. Von diesen werden durch die drei Verdiensterhebungen in Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel gut 400 000 repräsentiert,

1) Wohl sind Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik vorhanden; sie erfüllen aber in ihren Angaben über die Einkünfte aus selbständiger Arbeit und aus Gewerbebetrieb in mindestens dreierlei Hinsicht nicht die Forderungen, die an eine Lohnstatistik gestellt werden: 1. ist ihr Gegenstand der Steuerzahler, nicht der Verdienere, 2. besteht keine Unterscheidung nach verdienstbestimmenden Merkmalen, z. B. der Qualifikation, und 3. werden sie nur alle drei Jahre und für ein ganzes Jahresmittel

# Die Bezieher von Arbeitseinkommen und die Lohnstatistiken

D - 4599

nach Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1970



das sind fast 60%. Den Rest bilden zwei etwa gleich große Gruppen.

Die eine sind sämtliche Beamten und die im öffentlichen Dienst beschäftigten Angestellten und Arbeiter (140 000). Die im öffentlichen Dienst Beschäftigten, vom Müllwerker bis zum Minister, können leider nicht zu einer Beobachtung der Verdienstentwicklung mit herangezogen werden, solange die angestrebte, aber noch nicht gesetzlich verankerte und deshalb nicht eingerichtete laufende Erhebung ihrer Verdienste fehlt. Die Tatsache, daß im öffentlichen Dienst strikt nach Tarif oder Besoldungsordnung bezahlt wird, erspart nicht eine Ermittlung der effektiven Verdienste. Zwar sind Tarife und Besoldungsordnung jedermann leicht zugänglich, doch eine Errechnung von Verdienststeigerungen, die nur auf ihnen fußt, bliebe hinter der Wirklichkeit zurück. Die wirkliche Entwicklung der Durchschnittsverdienste hängt außer von den Änderungen der Tarife und der Besoldungsordnung noch von den individuellen Beförderungen der Bediensteten ab und von den sogenannten strukturellen Änderungen. Diese bedeuten, daß Gruppen von Bediensteten bei unveränderter Tätigkeit dank geänderter Tarifbestimmungen über Tätigkeitsmerkmale einer höheren Vergütungsgruppe als zuvor zugeführt werden. Derartige generelle Verbesserungen kommen ohne Zweifel auch in der Wirtschaft vor, und die Entwicklung, die den persönlichen Aufstieg spiegelt, auch. Beide Bewegungen werden dort jedoch durch die Zahlen der amtlichen Statistik korrekt wiedergegeben, da diese effektive Durchschnittswerte der jeweils Verdienenden ausweist.

Die andere Gruppe sind 133 000 Arbeitnehmer in verschiedenen kleineren Bereichen. Dazu

gehören die Angestellten und Arbeiter in den Wirtschaftsabteilungen "Verkehr und Nachrichtenübermittlung", "Dienstleistungen" und "Organisationen ohne Erwerbscharakter" (99 000), die Arbeiter in den Wirtschaftsabteilungen "Handel" und "Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe" (30 000) sowie noch knapp 5 000 Arbeiter und Angestellte in "landwirtschaftliche Tierhaltung und -zucht, Dienstleistungen auf der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe, Hochsee- und Küstenfischerei, gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung", die nicht durch die Lohnerhebung in der Landwirtschaft abgedeckt werden.

Von den 402 000 Arbeitnehmern, deren Verdienste durch die drei genannten laufenden Statistiken repräsentativ ermittelt werden, gehören die meisten, etwa 42%, als Arbeiter zur Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau. Nächststärkste Gruppe sind die Angestellten in Industrie, Handel, Kredit- und Versicherungswesen mit 36%. Es folgen das produzierende Handwerk (ohne Bau) mit 18% und schließlich mit 4% die Landwirtschaft.

Für eine vergleichende Betrachtung, sei es, daß sie die Unterschiede in der Zeit, der Region oder der Branche erkennen lassen soll, muß entschieden werden, ob die Verdienste je Stunde oder je Woche benutzt werden sollen. Im folgenden werden die Wochenverdienste verwendet, also auf die wirklichen Arbeitseinkommen abgestellt, die unter Umständen mit veränderlicher Arbeitszeit (Kurzarbeit) schwanken. Für die Angestellten wird der Wochenverdienst aus dem eigentlich erhobenen Monatsverdienst errechnet (durch dreißig mal sieben), um vergleichbare Zahlen zu erhalten. Für alle Verdienstreihen wurde das Mittel jeweils sämtlicher Personen genommen, die in die betreffende Statistik einbezogen werden, also beider Geschlechter und aller Qualifikationsstufen.

Das zweite Bild zeigt die Entwicklung der Wochenverdienste der besprochenen Verdiennergruppen von 1968 bis 1973. Der logarithmische Maßstab der Abbildung bewirkt, daß Kurvenstücke, die in gleichem Winkel ansteigen, einen prozentual gleichen Anstieg der Werte bedeuten. Die Höhenlage oder das Niveau der Kurven soll hier nicht weiter beachtet werden, sondern nur ihre Steigung. Der spontane Haupteindruck ist der, daß sämtliche Kurven über die ganze dargestellte Periode hinweg ungefähr parallel ansteigen. Erst genaues Hinsehen zeigt, daß auch Unterschiede bestehen.

So weist die Kurve für die Industriearbeiter eine Ausbuchtung nach oben auf, die nur angedeutet im Handwerk auftaucht. Sie zeigt

an, daß der Anstieg von 1969 auf 1970 stärker war als vorher und nachher. Die Kurve der Angestellten verlief vier Jahre lang erstaunlich geradlinig, was Jahr um Jahr den prozentual gleichen Verdienstanstieg bedeutet, schnellt aber zum letzten Jahr kräftig hoch, sogar steiler als die Arbeiter von 1969 auf 1970. Den im ganzen ruhigsten Verlauf zeigt die schon erwähnte Kurve für das Handwerk. Über die fünf Jahre hinweg gesehen haben die Arbeiter dort genau denselben Anstieg erlebt wie die der Industrie (69%), während die Angestellten ihn leicht übertrafen (+ 73%) und die Landarbeiter deutlich darunter blieben (+ 60%). Die Verdienste in der Landwirtschaft entwickelten sich außerdem mit etwas stärkeren Schwankungen. Sie unterliegen in den verschiedenen Jahren am stärksten den Einflüssen schwankender Arbeitszeit (hier witterungsbedingt im September), die sich ja generell im Wochenverdienst niederschlagen.

Zu dieser Betrachtung abschließend ein paar Zahlen:

Die Wochenverdienste 1968 bis 1973 in DM

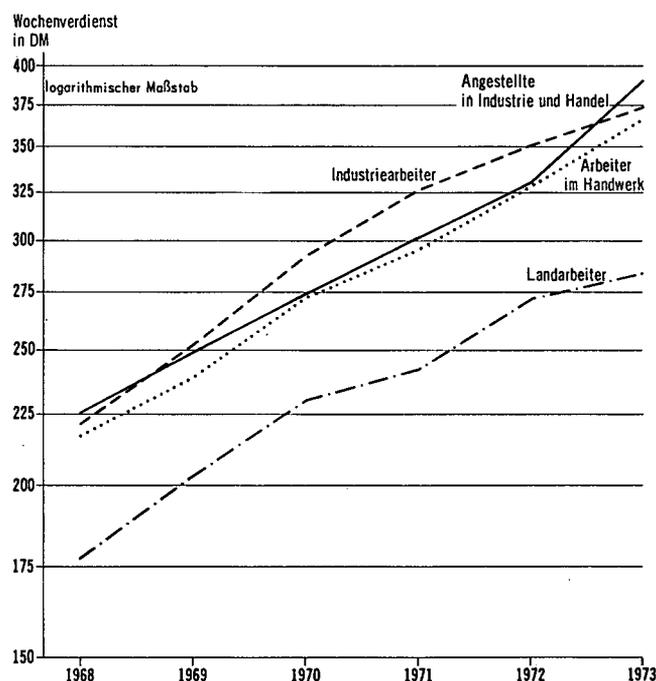
	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Landarbeiter	177	203	230	242	272	284
Arbeiter im Handwerk	217	239	272	295	328	367
Industriearbeiter	221	252	292	326	351	374
Angestellte in Industrie und Handel	225	249	274	301	330	390
<b>Gewogenes Mittel der Zeilen 1 - 4</b>	<b>220</b>	<b>247</b>	<b>280</b>	<b>308</b>	<b>336</b>	<b>375</b>
Gewogenes Mittel der Zeilen 3 und 4	223	251	284	315	341	381

Wenn die eingangs zitierte Frage nach der Entwicklung "der Verdienste" aus dem statistischen Fundus beantwortet werden soll, dann müßte für jedes Jahr ein mittlerer Durchschnittsverdienst für die vier genannten Bereiche aus den drei vorhandenen Statistiken<sup>2</sup> errechnet und dessen Anstieg über die Jahre hinweg ausgewiesen werden, um dem Ziel wenigstens so nahe wie möglich zu kommen. Wie eingangs und in dem ersten Bild gezeigt wurde, werden lohnstatistische Feststellungen ohnehin nur bei 60% der abhängig Beschäftigten getroffen, und die übrigen 40% der Verdienner - außer den Selbständigen - müssen sich notgedrungen mitvertreten lassen, wenn für allgemeine sozial-, lohn- und steuerpolitische Überlegungen nach "der Verdienstentwicklung" gefragt wird. Wenn also die wirkliche Entwicklung bei der eigentlich gemeinten Masse (aller unselbständig Verdienenden)

2) Eine Statistik erhebt sowohl die Verdienste der Industriearbeiter als auch die der Angestellten in Industrie, Handel, Kredit und Versicherungen

## Die Verdienstentwicklung 1968 - 1973

D - 4600



ohnehin nur mit einem unbekanntem Grad von Treffsicherheit durch Ermittlung bei einer, wenn auch bedeutenden, Teilmasse erhoben werden kann, dann erhebt sich die praktische Frage, ob dieser Aufwand der Mittelung aus vier statistischen Ergebnissen nötig ist, oder ob die allgemeine Verdienstentwicklung nicht auch mit hinreichender Sicherheit an einer einzigen, ohnehin zur Verfügung stehenden Reihe abgelesen werden kann. Hierbei ist erneut zu betonen, daß nicht etwa ein Vergleich der Höhe der Verdienste zwischen den Bereichen zur Debatte steht, sondern die Frage nach ihrer Entwicklung.

In der nachstehenden Übersicht sind für die vier statistischen Bereiche und ihre gewichtete Zusammenfassung die prozentualen Verdienst-

Die Verdienstzunahmen in den 4 Statistiken

	Prozentuale Zunahme 1973 gegenüber ... in %				
	1968	1969	1970	1971	1972
Landarbeiter	60,5	39,9	23,5	17,4	4,4
Arbeiter im Handwerk	69,1	53,6	34,9	24,4	11,9
Industriearbeiter	69,2	48,4	28,1	14,7	6,6
Angestellte in Industrie und Handel	73,3	56,6	42,3	29,6	18,2
<b>Gewogenes Mittel der Zeilen 1 - 4</b>	<b>70,5</b>	<b>51,8</b>	<b>33,9</b>	<b>21,8</b>	<b>11,6</b>
Gewogenes Mittel der Zeilen 3 und 4	70,9	51,8	34,2	21,0	11,7

zunahmen ausgewiesen, die sich ergeben, wenn man das letzte Jahr nacheinander mit jedem der früheren Jahre vergleicht. Damit wird eine Breite der Beobachtung erreicht, die annähernd der Breite der Anfragen entspricht, die in dieser Sache gestellt werden.

Der Vergleich über ein Jahr hinweg (letzte Spalte) zeigt in den vier Bereichen ziemlich verschiedene Werte; die Zufälle eines Jahres wirken sich hier voll aus. Einem erheblichen Anstieg bei den Angestellten steht ein geringer bei den Landarbeitern gegenüber, während sich die beiden Gruppen der gewerblichen Arbeiter näher am Mittel befinden. Worauf es ankommt, ist, in welchem Maße die Werte der vorletzten Zeile angenähert auch in einer der oberen vier Zeilen zu finden sind.

Von 1972 auf 1973 liegt die Gesamtveränderung nahe bei der im Handwerk. Beim Zweijahresvergleich sind die Unterschiede der vier Werte relativ geringer, absolut noch immer 15 Punkte groß; die 21,8% Gesamtzunahme treten in keinem der Einzelbereiche auf, das Handwerk gleicht ihnen noch am ehesten. Für den Drei-, Vier- und Fünfjahresvergleich kommt ebenfalls der Wert im Handwerk, über fünf Jahre hinweg auch der in der Industrie dem des gewogenen Mittels am nächsten.

Es zeigt sich, daß von den vier Einzelreihen die des Handwerks dem Durchschnitt in allen fünf Vergleichen am nächsten kommt. Kann nun daraus abgeleitet werden, daß zur Beurteilung der Verdienstentwicklung aller Abhängigen die der im Handwerk Beschäftigten verwendet werden sollte oder könnte? Gegen solchen Rat sprechen zwei Gründe. Erstens liegen die für das Handwerk ermittelten Verdienstzunahmen nur näher als die übrigen am gesuchten Mittelwert, aber noch nicht sehr nahe bei ihm; die größte Abweichung beträgt 2,6 Punkte. Zweitens - und entscheidend - besteht keine Sicherheit, daß die Ergebnisse der beobachteten Jahre auch künftig eintreten werden oder für früher gelten. Es ist durchaus nicht ungewöhnlich, daß in einem Bereich und einem Jahr durch bestimmte gesellschaftspolitische Umstände oder sogar durch Zufall eine atypische Verdienststeigerung eintritt. Wenn dieser Bereich dann aber nur ein knappes Fünftel der gemeinten Gesamtmasse umfaßt, kann seine Entwicklung sehr leicht weit von der des Mittels abweichen.

Diese Gefahr wird vermieden, wenn die Aussage für einen gewichtigen Teil der Gesamtmasse errechnet wird. Dafür bietet sich die Verdiensterhebung in Industrie und Handel mit den Ergebnissen für Arbeiter und Angestellte an. Sie repräsentieren über

drei Viertel der erhobenen Gesamtmasse, sind methodisch zuverlässiger als die beiden anderen Erhebungen und überdies dank der einheitlichen Ermittlung in ihrer Zusammenfassung unproblematisch. Ihre Eignung ist nicht ein Zufall wie die teilweise gute Übereinstimmung der Handwerkerdienste mit dem Gesamtmittel, sondern liegt auch im Sachbezug begründet, da einerseits die Arbeiter der verschiedenen Industrien, andererseits die Angestellten aller Art in Industrie, Banken und Versicherungsgewerbe in diese Zahlen eingehen, womit die Verdienstermittlung auf einer breiten Basis ruht.

Angesichts dieser Umstände überrascht es nicht, daß das Teilmittel (letzte Zeile der Tabelle) mit dem Gesamtmittel so gut übereinstimmt. Die Abweichung beträgt nicht mehr als 0,3 Punkte bei 34% oder 0,4 Punkte bei 71% Zunahme.

Zum praktischen Gebrauch empfiehlt sich ein einfacheres Vorgehen als es zur Berechnung der Zahlen in der zweiten Tabelle angewendet worden ist. Vielen Anfragern stehen die Ergebnisse der Verdiensterhebung in Industrie und Handel zur Verfügung (Statistischer Bericht N I 1, vierteljährlich). Die durchschnittlichen Verdienste aller männlichen/weiblichen Arbeiter und aller männlichen/weiblichen Angestellten sind für die zu vergleichenden Zeitpunkte aus den entsprechenden Berichten ersichtlich. Je nach dem Zusammenhang, in dem die Frage steht, wird man die Verdienste nur eines der beiden Geschlechter oder ein zuvor gewichtet gebildetes Mittel verwenden. Die für die Gewichtung benötigte Information über das Mengenverhältnis der beiden Geschlechter kann dem Statistischen Bericht entnommen werden, sie wird als prozentualer Anteil der Männer und Frauen (zum Beispiel 82/18 oder 56/44) ausgewiesen. Aus den ermittelten Verdienstangaben lassen sich die beiden prozentualen Veränderungen für die Arbeiter und für die Angestellten von Zeit 1 bis Zeit 2 errechnen. Der gewünschte, für alle abhängig Beschäftigten repräsentative Durchschnitt dieser Veränderung liegt etwa in der Mitte zwischen den beiden verwendeten Werten, nämlich um etwa 5% ihres Abstandes voneinander näher am Wert für die Arbeiter. Hierin kommt die größere Zahl der Arbeiter gegenüber den Angestellten zum Ausdruck. Das hört sich komplizierter an als es sich rechnet, wie ein Beispiel klarmachen soll:

Die beiden für Arbeiter und Angestellte ermittelten Verdienstanstiege mögen 24% und 34% betragen; ihr Mittel, also der gesuchte Wert, kann genau genug mit 28,5% angegeben werden, nämlich um 0,5 näher an 24 als die Mitte (29).

Je länger die Zeitspanne ist, für die der Verdienstzuwachs gesucht wird, desto geringer werden die Unterschiede im Verdienstzuwachs zwischen Arbeitern und Angestellten - wie auch die Tabelle zeigt -, und desto weniger kommt es auf die Gewichtung an, wenn das bewußte Mittel zwischen den beiden Prozentzahlen gesucht wird.

Eine andere, unter der Überschrift dieses Aufsatzes anklingende Frage bezieht sich auf den Vergleich einer Verdienstzunahme mit einer anderen. Von den Industriearbeitern kann zum Beispiel gemäß der obigen ersten Tabelle völlig korrekt gesagt werden, daß ihr durchschnittlicher Wochenverdienst von 1968 bis 1973 um 153 DM gestiegen ist. Ebenso unanfechtbar ist, für sich genommen, die Feststellung, daß der Wochenverdienst der Landarbeiter in diesen fünf Jahren um 107 DM gestiegen ist. Sobald jetzt aber diese beiden Zahlen miteinander in Beziehung gesetzt werden, etwa in der Aussage "die Verdienstzunahme der Industriearbeiter war um die Hälfte größer als die der Landarbeiter", ist Vorsicht geboten. Sofern es nicht ganz deutlich und aus dem Zusammenhang sinnvoll ist, die absoluten Zunahmen zu vergleichen, entsteht ein falscher Eindruck. Die Zunahmen müssen in der Regel relativ ausgedrückt werden. Im vorliegenden Falle müßte es also heißen - wie in der zweiten Tabelle ausgeführt -: die Verdienste der Industriearbeiter sind um 69%, die der Landarbeiter um 60% gestiegen. Die Vergleichsaussage lautet dann: Die Verdienstzunahme der Industriearbeiter war um ein Siebentel größer als die der Landarbeiter. Diese Relation erweckt die zutreffende Vorstellung, die sich auch in dem Kurvenbild bestätigt.

Neben dieser Form der Entwicklungsbeobachtung, die man Horizontalvergleich nennen könnte, bietet sich der Vertikal- oder Standvergleich an. Er gibt an, in welchem Verhältnis zwei Verdienste zu der einen Zeit und

in welchem sie zu einer anderen Zeit gestanden haben. Am einfachsten ist es, den niedrigeren Wert in Prozent des höheren auszudrücken: 1968 lagen die Landarbeiterverdienste bei 80% der Industriearbeiterverdienste, 1973 erreichten sie nur noch 76%. Die Vergleichsaussage muß der Vergleichsmethode entsprechen und darf deshalb hier nicht die gefundene Quantität unmittelbar als Entwicklung ausgeben, etwa in der Weise, daß die Landarbeiterverdienste von 1968 bis 1973 um 4% weniger gestiegen seien als die der Industriearbeiter. Über den Anstieg kann vielmehr hier gar nichts gesagt werden, sondern nur: der Abstand der Landarbeiterverdienste von den höheren Industriearbeiterverdiensten hat sich von 20% auf 24%, also um ein Fünftel, vergrößert. Es leuchtet ein, daß diese Veränderung unabhängig vom Anstieg der beiden Verdienste ist, da sie sich zum Beispiel auch dann ergeben kann, wenn der höhere Verdienst gleich bleibt und der niedrigere sinkt.

Während also eine Vergleichsaussage nach der Stand-Methode nichts über die Entwicklung aussagt, enthält die Aussage über den Horizontalvergleich doch auch etwas über eine Veränderung des Abstandes der beiden Gruppen voneinander. Wenn der Verdienst der tiefer liegenden Gruppe schwächer zugenommen hat als der der höher liegenden, dann hat sich der Abstand zwischen beiden vergrößert. Um wieviel, ist allerdings noch nicht zu erkennen.

Insgesamt enthält also die Aussage aus dem Entwicklungsvergleich mehr Information als die aus dem Standvergleich zu zwei Zeitpunkten, allerdings nur, wenn bekannt ist, welcher Verdienst höher liegt. Diese Bedingung ist aber im allgemeinen erfüllt.

*Arnold Heinemann*

Nähere Angaben sind in den Statistischen Berichten der Reihe N enthalten. Vergleiche auch: "Versuch zur Bestimmung der Reallohnentwicklung" in dieser Zeitschrift 1974, S. 26 (Februar)

## Die Bruttolöhne der Arbeitnehmer und ihre Besteuerung im Jahre 1971

Für das Kalenderjahr 1971 ist in der Bundesrepublik Deutschland wiederum eine Lohnsteuerstatistik durchgeführt worden. Der Erhebung, die nach dem Willen des Gesetzgebers<sup>1</sup> in regelmäßigen Abständen von drei Jahren wiederholt wird, kommt in letzter

Zeit mehr und mehr Bedeutung zu. Unter anderem gibt sie die Grundlage für die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Lohnsteuer ab, an der die Gemeinden seit 1970 mit 14% des Aufkommens beteiligt sind. Das zunehmende Interesse geht auch darauf zurück, daß sich die Lohnsteuer in Schleswig-Holstein seit 1968, im Bundesgebiet seit 1972, zur

<sup>1</sup>) siehe Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665)

wichtigsten Einnahmequelle der öffentlichen Hand entwickelt hat. Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich das Aufkommen an den drei wichtigsten Gemeinschaftssteuern seit 1960 entwickelt hat und wie sich die Gewichte in dieser Zeit verschoben haben.

Kassenmäßige Einnahmen an ausgewählten Gemeinschaftssteuern in Schleswig-Holstein in Mill. DM

	1960	1966	1972
Lohnsteuer	231	598	1 609
Umsatzsteuer <sup>1</sup>	427	681	1 117
Veranlagte Einkommensteuer	306	517	703

1) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer/Umsatzausgleichsteuer

Während die Umsatzsteuer in Schleswig-Holstein im Jahre 1960 noch mit 44% an den kassenmäßigen Einnahmen aus den drei Steuerarten beteiligt war, ging ihr Anteil bis zum Jahre 1972 bis auf weniger als ein Drittel zurück. In der gleichen Zeit nahm auch der Anteil der veranlagten Einkommensteuer von knapp einem Drittel auf ein Fünftel des Aufkommens ab. Die Beteiligung der im Quellenabzugsverfahren von den Arbeitgebern an die Finanzämter abgeführten Lohnsteuer an den drei Gemeinschaftssteuern erhöhte sich dagegen von 24% auf 47% der kassenmäßigen Einnahmen, womit die Lohnsteuer die Umsatzsteuer aus ihrer führenden Position verdrängt hat und an ihre Stelle getreten ist. Die Gründe für diese Entwicklung sind im starken Anstieg der Bruttolöhne in den letzten Jahren zu suchen, wobei der progressive Steuertarif seit 1965 unverändert geblieben ist. Die Umsatzsteuer hat zwar ebenfalls absolut steigende Erträge abwerfen können; infolge ihres proportionalen Tarifs ist es aber zu keiner relativen Mehrbelastung der Steuerpflichtigen und damit nicht zu einer Steigerung der Aufkommensquote gekommen. Auf die Umstände, die zu dieser Entwicklung geführt haben, wird unten noch näher eingegangen.

### Überblick

Von der Lohnsteuerstatistik 1971 sind insgesamt 956 000 in Schleswig-Holstein wohnende Arbeitnehmer erfaßt worden, das sind etwa 6% Lohnsteuerfälle mehr als drei Jahre zuvor. Der Nachweis der Steuerpflichtigen<sup>2</sup> erbrachte die Summe von 790 000, was einer Zunahme gegenüber 1968 von etwa 3% entspricht. Die prozentuale Veränderung der

2) Im Gegensatz zu den Steuerfällen, die identisch mit der Zahl der in die Statistik einbezogenen Lohnsteuerkarten der Steuerklassen I bis V sind, werden beim Nachweis der Steuerpflichtigen die Ehegatten mit beiderseits Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit als eine Erhebungseinheit gezählt, soweit die Lohnsteuerkarten der Ehegatten zusammengeführt werden konnten

Lohnsteuerfälle war also im Berichtszeitraum etwa doppelt so hoch wie die der Lohnsteuerpflichtigen; dies läßt auf einen beträchtlichen Anteil von Arbeitnehmer-Ehegatten unter den nach 1968 neu hinzugekommenen Lohnsteuerfällen schließen. Die Steuerpflichtigen erzielten im Jahre 1971 Bruttoeinkünfte von insgesamt 13,31 Mrd. DM. Ihre Einkünfte nahmen damit innerhalb von drei Jahren um über die Hälfte zu. Je Steuerfall erhöhte sich der Bruttolohn um 45% von 9 600 DM im Jahre 1968 auf 13 928 DM im Jahre 1971. Dies ist die bisher höchste Lohnsteigerung, die innerhalb eines Dreijahreszeitraumes von der Lohnsteuerstatistik nach Ende des Zweiten Weltkrieges ermittelt worden ist.

Die Lohneinkünfte je Steuerfall (13 900 DM) wären wesentlich höher, wenn sie nicht durch die großenteils niedrigen Bruttolöhne der Teilbeschäftigten, der nicht ganzjährig Beschäftigten wie auch der Lehrlinge und anderer Personen mit geringen Bezügen aus einem bestehenden oder ruhenden Arbeitsverhältnis erheblich herabgedrückt würden. So ergibt sich z. B. für ganzjährig beschäftigte männliche Steuerpflichtige der Steuerklassen I, II und III (ohne III/V), Männer also, die entweder unverheiratet waren oder deren Ehefrauen keine Lohneinkünfte hatten, ein durchschnittlicher Jahresbruttolohn von 18 193 DM. Für Eheleute mit beiderseits Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit betrug 1971 der zusammengerechnete Bruttolohn bereits 27 329 DM im Durchschnitt, sofern mindestens der Ehemann ganzjährig beschäftigt war.

Lohnsteuerfälle, Bruttolohn und Lohnsteuer

	1965	1968	1971
Lohnsteuerfälle in 1 000	924	900	956
Lohnsteuerpflichtige in 1 000	.	768	790
Bruttolohn insgesamt in Mill. DM	7 542	8 645	13 309
Bruttolohn je Lohnsteuerfall in DM	8 164	9 600	13 928
Lohnsteuer insgesamt in Mill. DM	574	739	1 566
Lohnsteuer in % des Bruttolohnes	7,6	8,6	11,8
	Veränderungsraten gegenüber dem Vortermin <sup>1</sup> in %		
Lohnsteuerfälle	+ 7	- 3	+ 6
Lohnsteuerpflichtige	.	.	+ 3
Bruttolohn insgesamt	+ 48	+ 15	+ 54
Bruttolohn je Steuerfall	+ 38	+ 18	+ 45
Lohnsteuer insgesamt	+ 73	+ 29	+ 112

1) vor 1965 = 1961 (4 Jahre)

Das augenfälligste Ergebnis der Lohnsteuerstatistik 1971 ist die sehr hohe Zuwachsrate der Lohnsteuer. Insgesamt vereinnahmten die Finanzämter aus den Lohneinkommen der in Schleswig-Holstein wohnenden Arbeitnehmer 1 566 Mill. DM Lohnsteuer. Einer Zunahme des gesamten Bruttolohnes seit 1968 um

54% steht eine Zunahme des Lohnsteuer-aufkommens um 112% gegenüber. Die Zuwachsrate der Lohnsteuer war damit über doppelt so hoch wie die des Bruttolohnes. Die durchschnittliche steuerliche Belastung des Bruttolohnes erhöhte sich erheblich auf 11,8%. Sie hatte im Jahre 1968 noch 8,6% betragen und im Jahre 1965 sogar nur 7,6%.

#### Gliederung nach Größenklassen

Die Schichtung der Lohnsteuerpflichtigen nach der Höhe des Bruttolohnes in der folgenden Tabelle verdeutlicht sehr gut die tiefgreifenden Veränderungen, die durch die starke Zunahme der Arbeitnehmer Einkommen in der Zeit von 1968 bis 1971 eingetreten sind. Die Veränderungen entsprechen im Prinzip denjenigen, die auch von früheren Lohnsteuerstatistiken her bekannt sind; jedoch ist das Aufrücken der Steuerpflichtigen in höhere Bruttolohngruppen diesmal besonders ausgeprägt. In den Gruppen zwischen den Schwellenwerten von 7 200 DM und 12 000 DM z. B. hat die Zahl der Steuerpflichtigen sich um mehr als die Hälfte verringert. Bis zum Schwellenwert von 16 000 DM hat die Häufigkeit in den einzelnen Gruppen durchweg abgenommen, so daß der Anteil der Steuerpflichtigen mit einem Bruttojahresverdienst unterhalb dieser Grenze von etwa vier Fünftel im Jahre 1968 auf die Hälfte im Jahre 1971 zurückgegangen ist. Dem Betrachter der Tabelle fällt auf, daß die Besetzung in den drei niedrigsten Bruttolohngruppen nicht so stark rückläufig war wie in den beiden dann folgenden. Es deutet dies darauf hin, daß sich in den drei untersten Klassen überwiegend nicht vollbeschäftigte Steuerpflichtige mit nur kurz-

fristiger oder stundenweiser Beschäftigung befinden, deren Aufrücken in höhere Gruppen infolge der begrenzten Arbeitszeit trotz steigender Lohnsätze nicht so stark in der Tabelle sichtbar wird. Da gerade Arbeitskräfte dieser Art in Zeiten der Vollbeschäftigung immer wieder gesucht sind, dürfte unter ihnen auch ein erheblicher Anteil von neu hinzugekommenen Steuerpflichtigen enthalten sein.

Durch den Schwellenwert von 16 000 DM wird die Zahl der Steuerpflichtigen innerhalb der Schichtung nahezu halbiert. Die beiden an den Schwellenwert grenzenden Klassen (12 000 bis 16 000 DM und 16 000 bis 20 000 DM Bruttolohn) weisen auch die größte Besetzung von allen Lohngruppen auf: fast ein Drittel aller Steuerpflichtigen erzielte im Jahre 1971 Lohneinkünfte zwischen 12 000 und 20 000 DM. Weitere 28% entfielen auf die zwei darüber liegenden Klassen, verdienten also zwischen 20 000 und 36 000 DM. Die Schichtungen des Bruttolohnes und insbesondere der Lohnsteuer weisen naturgemäß eine andere Häufigkeitsverteilung auf als die der Steuerpflichtigen. Bei ihnen ist die Besetzung stärker zu den höheren Gruppen verschoben. So bezogen im Jahre 1971 die Lohnsteuerpflichtigen in der unteren Hälfte der Schichtung (unterhalb der 16 000 DM-Grenze) nur etwa ein Viertel des insgesamt verdienten Bruttolohnes und hatten nur 18% der Steuerbelastung zu tragen. Oberhalb dieser Marke vereinigen die etwa 50% der Steuerpflichtigen drei Viertel der gesamten Bruttolohnsumme und 82% der Lohnsteuer auf sich.

Gegenüber 1968 waren die Veränderungsrate des Bruttolohnes in den einzelnen Größen-

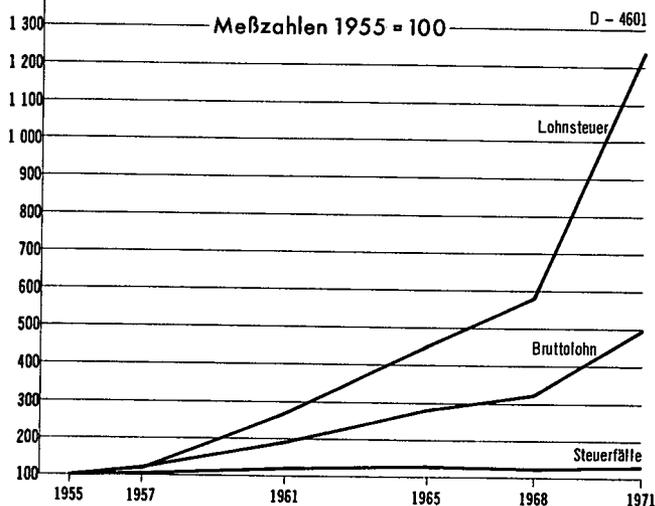
Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn und Lohnsteuer 1971 nach Bruttolohngruppen

Bruttolohngruppe 1 000 DM	Steuerpflichtige <sup>1</sup>			Bruttolohn			Lohnsteuer			Durchschnittliche Steuerbelastung in % des Bruttolohnes	
	Anzahl	%	Veränderung gegen 1968 in %	Mill. DM	%	Veränderung gegen 1968 in %	Mill. DM	%	Veränderung gegen 1968 in %	1968	1971
unter 2,4	65 579	8,3	- 31	75	0,6	- 33	1	0,0	+ 68	0,3	0,7
2,4 - 4,8	50 456	6,4	- 18	172	1,3	- 23	3	0,2	+ 24	1,1	1,8
4,8 - 7,2	45 160	5,7	- 38	273	2,0	- 39	12	0,7	- 40	4,3	4,2
7,2 - 9,6	49 641	6,3	- 52	420	3,2	- 52	30	1,9	- 46	6,4	7,2
9,6 - 12	60 134	7,6	- 50	650	4,9	- 50	55	3,5	- 39	6,8	8,4
12 - 16	128 234	16,2	- 17	1 804	13,6	- 15	176	11,2	+ 7	7,7	9,7
16 - 20	127 320	16,1	+ 57	2 279	17,1	+ 58	231	14,8	+ 77	9,1	10,2
20 - 25	110 176	14,0	+ 135	2 460	18,5	+ 137	272	17,4	+ 140	10,9	11,1
25 - 36	111 919	14,2	+ 339	3 274	24,6	+ 349	443	28,3	+ 357	13,3	13,5
36 - 50	32 015	4,1	+ 546	1 311	9,9	+ 543	214	13,7	+ 557	16,0	16,3
50 - 75	7 483	0,9	+ 428	434	3,3	+ 424	83	5,3	+ 401	20,1	19,2
75 - 100	906	0,1	+ 253	77	0,6	+ 254	19	1,2	+ 244	25,3	24,6
100 und mehr	560	0,1	+ 160	82	0,6	+ 120	27	1,7	+ 113	34,2	33,0
<b>Insgesamt</b>	<b>789 583</b>	<b>100</b>	<b>+ 3</b>	<b>13 309</b>	<b>100</b>	<b>+ 54</b>	<b>1 566</b>	<b>100</b>	<b>+ 112</b>	<b>8,6</b>	<b>11,8</b>

1) Ehegatten mit beiderseits Bruttolohn sind, soweit die Lohnsteuerkarten der Ehegatten zusammengeführt werden konnten, als ein Steuerpflichtiger gezählt und in die Bruttolohngruppe eingeordnet worden, die ihrem zusammengerechneten Bruttolohn entspricht

klassen etwa denjenigen der Steuerpflichtigen ähnlich, wenn man von der höchsten nach oben offenen Bruttolohngruppe (100 000 DM Bruttolohn und mehr) einmal absieht. Für die Lohnsteuer dagegen zeigen sich im allgemeinen Zuwachsraten, die bis zu einem Jahresverdienst von 50 000 DM größer sind als die des Bruttolohnes oder Abnahmeraten, die geringer sind als die des Bruttolohnes. Teilweise steht einer negativen Veränderung des Bruttolohnes sogar eine positive Veränderung der Lohnsteuer gegenüber. Für die drei höchsten Klassen gilt dagegen das umgekehrte: hier war die relative Zunahme des Bruttolohnes größer als die der Lohnsteuer.

Steuerfälle, Bruttolohn und Lohnsteuer seit 1955  
nach den Lohnsteuerstatistiken



### Steuerbelastung

Die oben beschriebenen unterschiedlichen Veränderungsraten müssen zwangsläufig dazu führen, daß die durchschnittliche steuerliche Belastung in Prozent des Bruttolohnes in den unteren und mittleren Lohngruppen im Laufe der Zeit weiter zunimmt, während sie in den oberen Gruppen zurückgeht, wie dies aus den beiden letzten Spalten der Tabelle zu entnehmen ist. Dementsprechend ist auch die Zahl der steuerbefreiten Lohnsteuerpflichtigen, das heißt, derjenigen, von denen wegen ihres geringen Bruttolohnes keine Lohnsteuer einbehalten oder denen ihre Lohnsteuer im Wege des Lohnsteuer-Jahresausgleichs voll erstattet wurde, seit 1968 um ein Drittel auf 119 000 zurückgegangen. In der gleichen Zeit nahm die Zahl der Steuerbelasteten um 14% auf 671 000 zu. Die Entwicklung beruht vor allem auf der seit 1965 unverändert gebliebenen ungleich-

mäßigen Progressionen des Steuertarifs und dem seit diesem Termin festgeschriebenen System von Pausch- und Freibeträgen. Der gegenwärtige Tarif ist so gestaltet, daß der Einfluß der indirekten Progression<sup>3</sup> in weiten Teilen der Proportionalzone größer ist als der Einfluß der direkten Progression in der Progressionszone. Infolge der stark zugenommenen Steigerung der Lohneinkünfte erfüllt der Tarif seinen Zweck nicht mehr; er führt immer stärker in die Progression hinein, ohne daß sich die steuerliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeitnehmer in entsprechendem Ausmaß erhöht hätte ("heimliche Steuererhöhung"). Ein derartiges Fortschreiten der Steuerbelastung ist vom Gesetzgeber ursprünglich mit Sicherheit nicht gewollt und auch in seine Überlegungen bei der Tarifgestaltung nicht einbezogen worden. Trotzdem kam ihm die Entwicklung unter rein fiskalischen Aspekten nicht ungelegen. Es wäre aber aus sozialen Gründen besser gewesen, den Tarif rechtzeitig den geänderten Einkommensverhältnissen anzupassen<sup>4</sup>.

Unter den derzeit gegebenen Umständen wird die durchschnittliche Steuerbelastungsquote, die im Jahre 1971 11,8% betrug, auch in den folgenden Jahren weiter ansteigen<sup>5</sup>. Hierbei wird die Entwicklung des durchschnittlichen Progressionsfaktors, das heißt, der prozentualen Veränderung des Lohnsteueraufkommens im Verhältnis zur prozentualen Veränderung des Bruttolohnes, nicht zuverlässig genau vorherbestimmt werden können. Der Faktor hat in Schleswig-Holstein 1971 gegenüber 1968 bei einer Bruttolohnzunahme um 54% den Wert von 2,071 erreicht. Im vorangegangenen Drei-Jahres-Zeitraum, in dem der Bruttolohn um 15% gestiegen war, hatte der Faktor nur den Wert von 1,964. Der Faktor ist maßgeblich von der Entwicklung der Veränderungsraten in den einzelnen Steuerklassen abhängig. Eine Vorausschätzung des durchschnittlichen Progressionsfaktors in Schleswig-Holstein von etwa zwei für die nächste Zukunft (bis zum Inkrafttreten eines neuen Steuertarifs) dürfte nicht unrealistisch sein.

3) Indirekt progressiv wirkt die Methode, die Freibeträge vom Bruttolohn abzuziehen, bevor für diesen die Steuer berechnet wird: der verbleibende Rest, auf den die Lohnsteuer erhoben wird, steigt dann nämlich relativ stärker als der gesamte Bruttolohn

4) Voraussichtlich ab 1. 1. 1975 wird ein geänderter Einkommensteuertarif in Kraft treten, der zu einem gewissen Abbau der Steuerbelastung führen soll. Gegenüber dem geltenden Recht sollen nach der Grundtabelle Besteuerte bis zu einem zu versteuernden Einkommensbetrag von 40 000 DM, nach der Splittingtabelle Besteuerte bis zu einem solchen von 80 000 DM steuerlich entlastet werden

5) Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, hat nach seinem Wochenbericht vom 26. 4. 1973 für die Jahre 1972 und 1973 eine Lohnsteuerbelastung im Bundesgebiet von durchschnittlich 12,6 bzw. 13,7% errechnet

## Steuerklassen

Die Zusammensetzung der Lohnsteuerpflichtigen des Jahres 1971 nach Steuerklassen hat sich gegenüber 1968 teilweise erheblich verschoben. In den einzelnen Klassen wurden die folgenden Veränderungsdaten festgestellt:

I (Alleinstehende unter 50 Jahren)	- 5,9 %
II (Alleinstehende über 50 Jahren oder mit Kinderfreibetrag)	+ 7,9 %
III (ohne III/V; Verheiratete, deren Ehepartner keine Lohneinkünfte beziehen)	- 1,9 %
III/V (Ehegatten mit beiderseits Lohneinkünften)	+ 32,8 %
IV/IV	- 3,1 %

Nur noch gut ein Viertel der insgesamt erfaßten 790 000 Steuerpflichtigen war 1971 in die Steuerklasse I eingestuft, das sind immerhin 6% oder etwa 13 400 alleinstehende Lohnempfänger unter 50 Jahren weniger als drei Jahre zuvor. Am gesamten Bruttolohn waren sie nur mit 16% beteiligt. Ihr Lohneinkommen war im Durchschnitt das weitaus niedrigste unter allen Steuerklassen, wenn man von der Steuerklasse V absieht. Dagegen hatten sie trotz ihrer im allgemeinen recht geringen Einkünfte eine überdurchschnittliche Steuerbelastung zu tragen. Sie ist durch die Tarifgestaltung bedingt und vom Gesetzgeber bewußt gewollt, da er die finanzielle Leistungsfähigkeit dieser nichtverheirateten und kinderlosen Arbeitnehmer höher einschätzt als die der verheirateten. Erreicht und geringfügig überschritten wird die Steuerlastquote der Alleinstehenden unter 50 Jahren nur von den Verheirateten mit beiderseits Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, sofern sie in die Steuerklasse IV eingestuft sind. Diese Steuerpflichtigen beziehen jedoch im Durchschnitt dreimal so hohe Bruttolöhne wie diejenigen der Klasse I und dürften sich zum großen Teile bereits im unteren Bereich der Progressionszone des Tarifs befinden.

Zur Steuerklasse II rechnete im Jahre 1971 gut jeder siebente Lohnsteuerpflichtige. Für die Klasse II ist gegenüber 1968 eine rückläufige Entwicklung der Zahl der Steuerpflichtigen nicht festzustellen; im Gegenteil, die Anzahl der Arbeitnehmer hat sich seitdem um knapp 8 000 oder etwa 8% erhöht. Sie vereinigen damit nunmehr einen Anteil von 13,5% aller Lohnsteuerpflichtigen auf sich. Hinsichtlich ihres durchschnittlichen Bruttolohnes folgen die Arbeitnehmer, die in Klasse II eingestuft sind, ziemlich dicht denjenigen der Klasse I, während zu den in die übrigen Steuerklassen eingestuften ein erheblicher Abstand besteht. Die durchschnittliche Steuerlastquote der Alleinstehenden über 50 Jahre oder mit Kinderfreibetrag ist, wie dies auch schon aus früheren Erhebungen

## Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn und Lohnsteuer 1971 nach Steuerklassen und Kinderzahl

Steuerklasse	Lohnsteuerpflichtige		Bruttolohn		Lohnsteuerquote <sup>1</sup>
	Anzahl	%	%	DM je Steuerpflichtigen	
I zusammen	214 371	27,1	15,7	9 730	13,2
II zusammen	106 793	13,5	8,9	11 076	9,7
davon mit					
0 Kindern	80 399	10,2	6,2	10 283	10,4
1 Kind	14 072	1,8	1,4	13 419	10,1
2 Kindern	6 368	0,8	0,7	13 704	7,6
3 Kindern	3 073	0,4	0,3	13 517	4,5
4 u. mehr Kindern	2 881	0,4	0,3	13 356	1,8
III (ohne III/V) zus.	293 808	37,2	41,7	18 879	11,1
davon mit					
0 Kindern	106 558	13,5	12,3	15 349	11,9
1 Kind	66 701	8,4	10,0	19 859	12,0
2 Kindern	72 750	9,2	11,8	21 554	11,3
3 Kindern	30 927	3,9	5,0	21 673	9,5
4 u. mehr Kindern	16 872	2,1	2,6	20 640	6,8
III/V zusammen <sup>2</sup>	106 475	13,5	19,7	24 613	11,5
davon mit					
0 Kindern	27 329	3,5	4,9	23 836	13,1
1 Kind	36 208	4,6	6,7	24 600	12,0
2 Kindern	28 380	3,6	5,4	25 273	10,8
3 Kindern	9 790	1,2	1,8	25 117	9,3
4 u. mehr Kindern	4 768	0,6	0,9	24 198	6,8
IV/IV zusammen <sup>2</sup>	59 544	7,5	13,5	30 100	13,8
davon mit					
0 Kindern	36 433	4,6	8,3	30 306	14,4
1 Kind	15 171	1,9	3,3	29 158	13,3
2 Kindern	5 389	0,7	1,3	31 731	12,8
3 Kindern	1 618	0,2	0,4	30 468	11,2
4 u. mehr Kindern	933	0,1	0,2	27 283	8,5
V zusammen <sup>3</sup>	4 573	0,6	0,2	4 814	13,2
IV zusammen <sup>3</sup>	4 019	0,5	0,4	14 653	15,1
<b>Alle Steuerklassen</b>	<b>789 583</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>16 856</b>	<b>11,8</b>

1) Lohnsteuer in % des Bruttolohnes

2) Ehegatten mit beiderseits Bruttolohn werden als ein Steuerpflichtiger gezählt, soweit die Lohnsteuerkarten der Ehegatten zusammengeführt werden konnten

3) nicht zusammengeführte Einzelkarten von Ehegatten

bekannt ist, weitaus niedriger als die aller anderen Lohnsteuerpflichtigen.

Unter den Verheirateten wird bei der Aufbereitung der Lohnsteuerstatistik nach drei Steuerklassen unterschieden. Es sind zu trennen einmal die Verheirateten, deren Ehepartner keine Lohneinkünfte beziehen (Klasse III ohne III/V), von den Verheirateten mit Lohneinkommen beiderseits. Unter den letzteren wird dann noch zergliedert in eine Besteuerung nach den Klassen III/V und IV/IV. Zu der am stärksten besetzten Steuerklasse III (ohne V) zählten im Jahre 1971 knapp 294 000 Steuerpflichtige, das sind 37% aller erfaßten. Ihre Zahl hat damit gegenüber 1968 geringfügig abgenommen (- 2%). Unter den Ehegatten mit beiderseits Bruttolohn, die übrigens von der Lohnsteuerstatistik seit 1968 als ein Steuerpflichtiger erfaßt werden, ist insbesondere die Entwick-

lung in der Steuerklasse III/V bemerkenswert. Hier erhöhte sich ihre Anzahl innerhalb von drei Jahren bis 1971 um nahezu ein Drittel auf 106 000. Die hohe Veränderungsrate läßt vermuten, daß die Beschäftigung der Ehefrauen in der Zeit zwischen 1968 und 1971 ganz erheblich zugenommen hat. Dem steht in der Steuerklasse IV/IV eine wenn auch geringfügige Abnahme der Zahl der Steuerpflichtigen gegenüber.

Die Wahl der Steuerklasse V ist für einen Ehepartner in der Regel dann angezeigt, wenn er nur wenig verdient und die in die Tabelle eingearbeiteten Freibeträge der Klasse IV nicht ausschöpfen würde. Der andere Ehegatte wird dann nach Klasse III besteuert und kann automatisch die vollen Familienfreibeträge in Anspruch nehmen. Das relativ häufige Auftreten der Steuerklasse III/V im Berichtsjahr läßt die Vermutung zu, daß gerade die Zahl der teilbeschäftigten und der nicht ganzjährig beschäftigten Ehefrauen bis 1971 angestiegen ist. Aus der Statistik läßt sich dies leider nicht direkt beweisen, da unter den Steuerpflichtigen mit beiderseits Lohn Einkünften weder die Beschäftigungsdauer der einzelnen Ehepartner noch deren Bruttolöhne in jedem Falle erfaßt werden. Für die Vermutung der größeren Häufigkeit teilbeschäftigter Ehefrauen in der Steuerklasse III/V sprechen aber die beiden folgenden Tatbestände. Erstens konnten für das Kalenderjahr 1971 die nicht zusammengeführten Lohnsteuerkarten der Steuerklasse V getrennt ausgewiesen werden<sup>6</sup>. Die Tabelle oben zeigt, daß der Bruttolohn je Steuerpflichtigen in dieser Klasse extrem niedrig ist (4 814 DM). Das Vorhandensein dieser Karten beweist auch, daß die Steuerklasse III/V in Wirklichkeit noch stärker besetzt ist als oben dargestellt. Zweitens ist unter den Verheirateten mit beiderseits Arbeitslohn ein deutlicher Unterschied in der Höhe der Einkünfte beider Ehepartner zwischen den Klassen IV/IV und III/V nachweisbar. Je Steuerpflichtigen sind die Bruttoeinkünfte in der Klasse IV/IV mit 30 100 DM bei weitem am höchsten, wogegen der Verdienst der nach Klasse III/V Besteuerten demgegenüber doch erheblich abfällt.

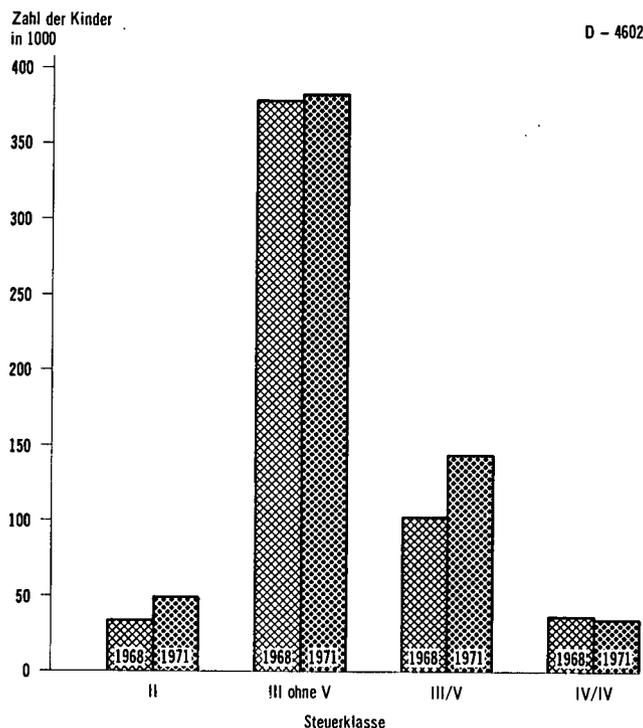
#### Kinderzahl

315 900 Steuerpflichtigen wurden im Jahre 1971 Kinderfreibeträge eingeräumt; hierin sind die nicht zusammengeführten Fälle der Steuerklasse IV aus aufbereitungstechnischen Gründen nicht enthalten. Eine Kinderermäßigung wurde

<sup>6</sup>) In der Lohnsteuerstatistik 1968 sind die nicht zusammengeführten Fälle der Steuerklassen IV und V den Steuerklassen IV/IV und III/V zugeschlagen und jeweils als ein eigener Steuerpflichtiger behandelt worden

#### Zahl der Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden, nach der Steuerklasse der Eltern<sup>1)</sup>

##### Ergebnis der Lohnsteuerstatistiken 1968 und 1971



<sup>1)</sup> ohne nicht zusammengeführte Fälle der Steuerklasse IV

etwa vier Zehnteln aller Lohnsteuerpflichtigen zugestanden. Die Gesamtzahl der Kinder, für die diese Freibeträge gewährt worden sind, betrug etwa 612 000. Das sind 11% mehr als im Jahre 1968. Die Zahl der zu einem Freibetrag berechtigenden Kinder erhöhte sich damit relativ erheblich stärker als die der Lohnsteuerpflichtigen und die der Lohnsteuerfälle. Setzt man Steuerpflichtige insgesamt und Kinderzahl zueinander ins Verhältnis, so entfielen im Jahre 1968 auf einen Lohnsteuerpflichtigen 0,62 Kinder, für die ein Freibetrag gewährt wurde, 1971 waren es bereits 0,77. Die Ursachen für diese Entwicklung dürften in der Veränderung der Struktur der arbeitenden Bevölkerung wie auch in den immer länger werdenden Fristen für die Berufsausbildung der Kinder liegen. Bekanntlich wird der Freibetrag für in der Berufsausbildung befindliche Kinder bis zum vollendeten 27. Lebensjahre gewährt.

Gegenüber 1968 hat sich die Zahl der Kinder, für die Freibeträge gewährt wurden und deren Eltern nach Klasse III (ohne V) eingestuft sind, fast nicht verändert. Sie belief sich nach wie vor auf 380 000. Die gestiegene Kinderzahl seitdem geht überwiegend auf die Steuerpflichtigen der Klasse III/V zurück, zum geringeren Teil auch auf die der Steuer-

Zahl der Kinder,  
für die im Jahre 1971 Kinderfreibeträge gewährt wurden,  
nach der Steuerklasse der Eltern<sup>1</sup>

Steuerklasse	II	III	III/V	IV/IV
		ohne V		
<b>Kinder insgesamt</b>	<b>49 403</b>	<b>382 799</b>	<b>144 281</b>	<b>35 087</b>
davon aus Haushalten mit		in %		
1 Kind	28	17	25	43
2 Kindern	26	38	39	31
3 Kindern	19	24	20	14
4 und mehr Kindern	27	20	15	12

1) ohne nicht zusammengeführte Fälle der Steuerklasse IV

klasse II. Die Statistik läßt deutlich die Beziehungen erkennen, die zwischen der oben bereits erwähnten Zunahme der nicht ganzjährig oder nur stundenweise beschäftigten Ehefrauen der Klasse V und der Kinderzahl mit Freibeträgen bestehen. Auch in Steuerklasse II hat die Zahl der Kinder, für die Freibeträge gewährt wurden, eine erhebliche Steigerung erfahren. Sie ist wahrscheinlich auf die starke Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern zurückzuführen. Bekanntlich werden auch Gastarbeiter nach Klasse II besteuert, wenn sie von ihren Familien getrennt leben und ihnen ein Kinderfreibetrag zusteht.

Über die Beziehungen zwischen Steuerklasse und Zahl der Kinder mit Freibetrag in den elterlichen Haushalten gibt die Tabelle oben Aufschluß. Die meist vollbeschäftigten Ehemänner und -frauen der Klasse IV/IV machten überwiegend den Freibetrag für nur ein Kind geltend. Dagegen wurde von Familien, deren Mütter nicht oder nur teilweise einer Arbeitnehmertätigkeit nachgingen, am häufigsten der Freibetrag für zwei Kinder in Anspruch genommen; in Klasse III (ohne V) sind Einzelkinder sogar relativ am seltensten. In der Steuerklasse II ist die Häufigkeit von Freibeträgen für vier und mehr Kinder hervorzuheben.

#### Geschlecht und Beschäftigungsdauer

Da Ehepaare mit beiderseits Bruttolohn seit der Lohnsteuerstatistik 1968 als ein Steuerpflichtiger zählen, sind genaue Angaben über die Bruttolöhne nach dem Geschlecht und der Beschäftigungsdauer der Lohnsteuerpflichtigen nur für die Steuerklassen I, II und III (ohne V) möglich. Von den fast 615 000 Arbeitnehmern, die auf eine dieser drei Steuerklassen entfielen, waren 430 000 Männer und 185 000 Frauen. Das entspricht einer Relation von 70 zu 30, wie sie auch schon bei der Lohnsteuerstatistik 1968 ermittelt worden ist. Nach wie vor ist der Anteil der nicht ganzjährig Beschäftigten unter den

Lohnsteuerpflichtige  
nach Geschlecht und Beschäftigungsdauer 1971

G = ganzjährig Beschäftigte; N = nicht ganzjährig Beschäftigte

		Steuerpflichtige	Bruttolohn in Mill. DM	Bruttolohn je Steuerpflichtigen in DM
Männliche	G	368 787	6 709	18 193
Steuerpflichtige <sup>1</sup>	N	61 188	394	6 431
Weibliche	G	151 307	1 577	10 423
Steuerpflichtige <sup>1</sup>	N	33 690	136	4 024
Ehegatten mit beiderseits Bruttolohn <sup>2</sup>	G	154 442	4 221	27 329
	N	11 577	192	16 596
Ehegatten - nicht zusammengeführt <sup>3</sup>	G	6 121	72	11 830
	N	2 471	8	3 437
<b>Steuerpflichtige insgesamt</b>	<b>G</b>	<b>680 657</b>	<b>12 580</b>	<b>18 482</b>
	<b>N</b>	<b>108 926</b>	<b>730</b>	<b>6 699</b>

1) nur Steuerpflichtige der Steuerklassen I, II und III (ohne III/V)

2) Ehegatten mit beiderseits Bruttolohn werden als ein Steuerpflichtiger gezählt, soweit die Lohnsteuerkarten zusammengeführt werden konnten. Zuordnung nach der Beschäftigungsdauer des Ehemannes

3) Ehegatten, deren Lohnsteuerkarten (Steuerklasse IV und V) nicht zusammengeführt werden konnten

weiblichen Lohnsteuerpflichtigen mit alleinigen Einkünften aus Arbeitnehmertätigkeit etwas größer als unter den männlichen; die Frauen waren zu 18%, die Männer zu 14% "nicht ganzjährig" beschäftigt, worunter eine Beschäftigungsdauer von weniger als elf Monaten im Jahr zu verstehen ist. Für Ehegatten mit beiderseits Bruttolohn dürften sich erfahrungsgemäß wesentlich größere Unterschiede in der Beschäftigungsdauer ergeben. Die Aussage der Statistik hierzu ist sehr unbefriedigend, da die Steuerpflichtigen der Klassen IV/IV und III/V notgedrungen nach der Beschäftigungsdauer des Ehemannes eingeordnet worden sind. Hierbei ergeben sich natürlich nur sehr wenige nicht ganzjährig Beschäftigte.

Der Bruttolohn je Steuerpflichtigen ist unter den männlichen Arbeitnehmern der Steuerklassen I, II und III (ohne V) wesentlich größer als unter den weiblichen. Dies trifft sowohl für nicht ganzjährig Beschäftigte wie auch insbesondere für die ganzjährig Beschäftigten zu. Über die Gründe für das geringere Lohnniveau der Frauen können direkte Aussagen aus der Lohnsteuerstatistik nicht gewonnen werden. Die Ursache kann nicht darin zu suchen sein, ob die Beschäftigten ganzjährig oder nicht ganzjährig tätig waren, wie die Tabelle zeigt. Gewisse Differenzen könnten sich aus der stärkeren Teilzeitbeschäftigung der Frauen ergeben. Das Merkmal der täglichen Arbeitszeit wird aber in der Lohnsteuerstatistik nicht erfaßt. Es ist daher auch nicht festzustellen, inwieweit die ganzjährig beschäftigten weiblichen Arbeitnehmer mit einer geringeren als der branchenüblichen Arbeitszeit tätig

sind, also nur einer Teilbeschäftigung nachgehen. Erfahrungsgemäß ist der Anteil gerade der weiblichen Halbtagskräfte unter den Arbeitnehmern in einigen Wirtschaftszweigen nicht unbedeutend.

Erhöhte Werbungskosten, Sonderausgaben sowie sonstige Freibeträge

Nebender in die Lohnsteuerkarte eingetragenen Kinderzahl führen auch die erhöhten Werbungskosten und die erhöhten Sonderausgaben sowie die sonstigen Freibeträge zu einer erheblichen Minderung der Steuerlast. Die Kinderfreibeträge sowie die Pauschbeträge für Werbungskosten (564 DM) und für Sonderausgaben (936 DM) sind fest in die Lohnsteuertabelle eingearbeitet; sie werden somit jedem vollbeschäftigten Steuerpflichtigen ohne sein weiteres Zutun gewährt, wenn die Steuer auf seinen Bruttolohn aus der Tabelle abgelesen und festgesetzt wird. Will der Steuerpflichtige aber höhere Werbungskosten oder Sonderausgaben sowie sonstige Freibeträge geltend machen, so ist ein besonderer Antrag beim Finanzamt erforderlich. Dieser Antrag kann gerichtet sein

- auf Eintragung eines Freibetrages in die Lohnsteuerkarte des laufenden Kalenderjahres
- auf Lohnsteuer-Jahresausgleich (LStJA) für das abgelaufene Kalenderjahr
- auf Steuerermäßigung im Rahmen einer Einkommensteuererklärung.

Da infolge des gestiegenen Lohnniveaus insbesondere die Beiträge zu Versicherungen (gesetzliche Sozialversicherung) in letzter Zeit erheblich zugenommen haben, führt in fast jedem Falle für ganzjährig vollbeschäftigte Arbeitnehmer einer dieser Anträge zu zusätzlicher Steuerermäßigung, weil die geltend gemachten Aufwendungen die Pauschbeträge überschreiten. Dies hat eine Flut von Anträgen zur Folge, die mehr und mehr zu Engpässen

bei der Bearbeitung in den Finanzämtern führen muß.

Aus der Statistik liegen exakte Angaben darüber, inwieweit erhöhte Werbungskosten, Sonderausgaben und sonstige Freibeträge geltend gemacht wurden, nur von Lohnsteuerpflichtigen mit maschinell LStJA durch die Finanzämter vor. Danach haben für das Kalenderjahr 1971 in Schleswig-Holstein 430 000 Lohnsteuerpflichtige einen maschinellen LStJA durchführen lassen. Das sind 55% aller erfaßten; sie machten insgesamt 739 Mill. DM an zusätzlichen steuerfreien Abzugsbeträgen geltend, wofür ihnen 186 Mill. DM zuvor einbehaltene Lohnsteuer zurückerstattet wurde. Im Durchschnitt wurden somit 28% der von diesen Steuerpflichtigen zuvor einbehaltenen und an die Finanzämter abgeführten Lohnsteuer wieder ausgezahlt. Pro Antrag ergab sich im Mittel eine Rückzahlung von 432 DM. Im Jahre 1968 waren es noch 286 DM gewesen.

Im einzelnen wurden von den Finanzämtern 159 Mill. DM erhöhte Werbungskosten, 497 Mill. DM erhöhte Sonderausgaben und 83 Mill. DM sonstige Freibeträge anerkannt. Das Schwergewicht liegt also bei den erhöhten Sonderausgaben, auf die allein über zwei Drittel der erhöhten steuerfreien Abzugsbeträge entfielen, gefolgt von den erhöhten Werbungskosten mit gut einem Fünftel. Gegenüber 1968 machten die Steuerpflichtigen mit maschinell LStJA um 76% höhere Beträge für Sonderausgaben und um 44% höhere Beträge für Werbungskosten geltend. Die anerkannten sonstigen Freibeträge (z. B. wegen außergewöhnlicher Belastung oder erhöhter Absetzungen für Wohngebäude gemäß § 7 b EStG) haben sich dagegen im gleichen Zeitraum um 5% vermindert. Von den veränderten Lohnverhältnissen ist ihre Höhe offensichtlich nur wenig beeinflußt worden.

Klaus Scheithauer

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht L IV 2 enthalten. Vergleiche auch: "Die Bruttolöhne der Arbeitnehmer und ihre Besteuerung im Jahre 1968" in dieser Zeitschrift 1971, S. 73 (April)

#### Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

# STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

26. Jahrgang . Heft 7 . Juli 1974

## Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
			Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 554	2 573	2 568	2 570	2 572	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 370	1 266	1 394	1 294	1 385	839	1 343	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,4	5,9	6,4	6,1	6,3	...	...	...	...
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 440	2 199	2 335	2 337	2 264	2 020	2 284	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	10,3	10,7	11,1	10,4	...	...	...	...
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 730	2 693	2 662	2 583	2 716	2 715	3 031	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,8	12,6	12,2	12,2	12,4	...	...	...	...
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	49	48	59	36	53	34	38	...	...
*	je 1 000 Lebendgeborene	19,9	21,7	25,3	15,4	23,4	16,8	16,6	...	...
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	290	494	327	246	452	695	747	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	1,4	2,3	1,5	1,2	2,1	...	...	...	...
<b>Wanderungen</b>										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 527	8 280	8 478	8 586	7 918	...	...	...	...
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 530	6 468	6 422	6 299	5 371	...	...	...	...
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 997	+ 1 812	+ 2 056	+ 2 287	+ 2 547	...	...	...	...
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 400	10 318	10 234	10 064	8 888	...	...	...	...
Wanderungsfälle	Anzahl	25 456	25 066	25 134	24 949	22 177	...	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	168	165	162	166	142	...	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
*Arbeitslose	1 000	12	14	15	13	11	34	30	26	23
darunter *Männer	1 000	7	8	8	7	5	21	18	15	13
Offene Stellen	1 000	19	20	22	23	24	14	17	17	17
darunter für Männer	1 000	11	13	14	14	15	9	10	10	9
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 421 <sup>a</sup>	1 496 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	498 <sup>a</sup>	504 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000									
*Schweine	1 000	1 598 <sup>a</sup>	1 659 <sup>a</sup>	1 581	.	.	.	1 714	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	161 <sup>a</sup>	168 <sup>a</sup>	159	.	.	.	174	.	.
darunter *trächtig	1 000	100 <sup>a</sup>	111 <sup>a</sup>	100	.	.	.	113	.	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	29	31	24	25	24	28	31	34	32
*Kälber	1 000 St.	2	1	2	2	1	2	2	2	2
*Schweine	1 000 St.	205 <sup>b</sup>	200 <sup>c</sup>	206	194	188	187	193	210	208
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	8	7	7	5	4	9	7	6	4
<b>*Schlachtsmengen<sup>5)</sup> aus gewerblichen Schlachtungen</b>										
(ohne Geflügel)	1 000 t	23,7	24,2	22,9	22,5	21,7	22,0	23,4	25,6	25,1
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	7,2	8,0	6,2	6,6	6,3	7,2	7,9	8,6	8,1
*Kälber	1 000 t	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
*Schweine	1 000 t	16,3	16,1	16,5	15,7	15,3	14,6	15,3	16,8	16,7
<b>Durchschnittliches Schlachtgewicht für</b>										
Rinder (ohne Kälber)	kg	257	264	262	266	268	268	263	262	258
Kälber	kg	78	95	95	91	94	98	95	93	92
Schweine	kg	83	83	83	83	83	82	82	82	82
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier 6)	1 000	518	515	442	618	630	614	648	470	526
*für Legehennenküken	1 000	877	879	986	1 065	993	741	1 011	947	976
*für Masthühnerküken	1 000									
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	843	825	895	752	865	471	699	816	821
<b>Milcherzeugung</b>										
1 000 t	178	181	224	232	243	181	228	237	248	
darunter *an Meiereien geliefert	%	92	93	93	93	94	93	94	94	94
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,0	11,8	14,4	15,4	15,6	12,9	14,6	15,7	15,9

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

c) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
<b>Industrie und Handwerk</b>										
<b>Industrie<sup>8)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	188	187	187	187	186	186	187	187	187
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	139	138	138	137	137	136	137	137	137
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 242	22 249	23 333	22 349	22 903	21 851	22 181	22 043	22 275
*Löhne (brutto)	Mill. DM	185,9	208,6	194,7	193,5	208,5	190,5	200,5	232,9	234,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	85,0	97,5	90,5	91,0	93,3	96,9	100,6	111,3	111,5
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>9)</sup>	20	28	26	26	28	31	32	32	32
*Gasverbrauch (H <sub>0</sub> = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,3	13,8	14,4	14,3	13,7	15,7	14,1	13,3	12,5
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4,0	3,5	2,8	3,4	3,7	5,0	3,1	3,0	2,6
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	9,4	10,3	11,6	10,9	10,1	10,7	11,0	10,3	9,9
*Heizölverbrauch	1 000 t	95	100	102	99	100	98	105	98	93
*leichtes Heizöl	1 000 t	20	21	26	24	20	22	23	19	17
*schweres Heizöl	1 000 t	75	79	76	75	80	75	82	79	76
*Stromverbrauch	Mill. kWh	165	177	187	180	179	174	186	178	182
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	36	35	33	33	37	38	32	33
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) <sup>10)</sup>	Mill. DM	1 273	1 439	1 435	1 362	1 591	1 434	1 809	1 639	1 721
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	200	242	261	227	372	238	481	285	401
<b>Produktionsindex (arbeitstäglich)</b>										
*Gesamtindustrie	1962=100	172	184	185	193	190	188	202	206	203
*Bergbau	1962=100	109	100	102	101	100	96	92	88	87
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	179	200	204	211	211	212	222	218	226
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	192	206	206	206	210	225	244	249	246
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	208	220	229	247	228	212	241	241	219
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	134	139	137	148	144	130	137	148	148
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	144	143	142	166	169	131	138	153	152
<b>Handwerk (Metziffern)<sup>11)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1970=100	97,0	96,7	97,0	.	.	.	92,3	.	.
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	126,7	132,2	111,5	.	.	.	102,4	.	.
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	266	290	304	302	245	308	406	316	241
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	545	582	626	574	538	612	656	570	566
*Gaserzeugung (brutto) (H <sub>0</sub> = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	11	10	14	13	8	10	11	7	6
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)</b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 896	61 242	61 974	62 682	62 529	55 310	55 346	55 563	55 531
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 347	7 906	8 393	8 418	9 450	6 654	7 307	7 703	7 983
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 774	3 576	3 926	3 909	4 300	2 928	3 148	3 141	3 226
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 347	1 342	1 558	1 457	1 518	1 126	1 178	1 323	1 286
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 047	2 790	2 733	2 884	3 389	2 456	2 802	3 040	3 216
*Löhne (brutto)	Mill. DM	83,2	90,2	87,2	91,6	110,7	74,5	81,8	89,7	101,0
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	9,7	11,3	10,0	10,3	10,7	10,5	10,7	10,8	11,6
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	256,4	282,0	212,5	256,0	213,0	152,1	224,2	204,4	220,6

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenskoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
			Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
<b>noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	991	946	1 107	1 091	1 180	499	770	840	918
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	874	853	985	976	1 049	437	651	795	852
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 124	1 018	1 225	1 047	1 296	556	1 139	748	821
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	180 223	177 561	217 314	179 943	223 436	100 001	210 506	136 390	152 282
*Wohnfläche	1 000 qm	212	193	229	197	233	102	222	130	148
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	158	176	143	163	217	113	123	153	159
*umbauter Raum	1 000 cbm	716	775	846	848	869	316	485	490	518
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	79 651	90 227	74 542	80 427	117 909	43 170	71 707	54 990	76 218
*Nutzfläche	1 000 qm	126	141	146	145	157	57	88	81	98
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 854	2 305	2 768	2 359	2 857	1 262	2 981	1 415	1 795
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohnungen 12)	Anzahl	2 629	2 937	877	1 168	831	714	745	853	845
Wohnräume	Anzahl	10 797	11 336	3 087	4 557	3 186	2 664	3 202	3 621	3 744
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr</b>										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	251,0	279,8	258,9	234,6	405,0	300,2	314,9	309,1	437,0
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	27,2	32,5	36,3	29,3	36,9	43,1	45,0	53,6	47,2
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	223,8	247,3	222,6	205,2	368,1	257,0	269,8	255,5	389,8
davon *Rohstoffe	Mill. DM	4,8	5,9	5,5	5,7	5,6	7,7	8,7	7,3	8,0
*Halbwaren	Mill. DM	9,9	19,7	14,7	15,1	16,1	23,9	57,1	25,8	90,3
*Fertigwaren	Mill. DM	209,2	221,7	202,4	184,4	346,4	225,4	204,0	222,4	291,6
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	16,4	21,0	22,8	20,7	22,5	27,4	29,4	30,3	31,8
*Enderzeugnisse	Mill. DM	192,7	200,7	179,5	163,7	323,9	198,0	174,6	192,0	259,8
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	68,6	122,3	114,8	98,6	124,7	129,5	151,9	145,9	189,2
darunter Italien	Mill. DM	20,1	22,9	27,8	17,5	31,3	23,6	24,5	27,0	27,8
Niederlande	Mill. DM	22,8	25,6	25,5	25,2	26,3	31,0	37,6	28,8	32,8
ab Januar 1973										
Dänemark	Mill. DM	17,3	22,0	20,3	16,5	21,5	23,1	33,0	27,1	49,9
Großbritannien	Mill. DM	40,3	18,4	6,4	9,3	10,1	15,2	16,0	23,6	34,4
*EFTA-Länder	Mill. DM	89,9	65,4	36,5	40,7	193,9	39,8	53,5	48,0	100,6
darunter Norwegen	Mill. DM	5,0	27,5	4,9	6,3	122,7	8,0	6,8	6,3	5,9
Schweden	Mill. DM	8,3	19,0	12,0	14,8	52,2	10,4	20,4	20,4	71,4
<b>Handel mit Berlin (West)</b>										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	124,7	133,6	131,4	130,2	134,3	112,4	129,8	139,3	...
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	111,5	119,2	87,6	106,6	114,4	82,4	101,2	126,9	131,4
<b>Fremdenverkehr in 135 Berichtsgemeinden</b>										
*Fremdenmeldungen	1 000	187	200	96	157	191	72	102	p 168	p 212
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	18	10	21	21	7	9	p 19	p 19
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 537	1 659	384	749	1 028	274	441	p 847	p 1 146
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	37	22	35	35	16	19	p 32	p 34
<b>Verkehr</b>										
<b>Seeschifffahrt 13)</b>										
Güterempfang	1 000 t	1 053	1 121	1 137	895	1 207	1 072	...	...	...
Güterversand	1 000 t	307	399	371	299	387	541	...	...	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
*Güterempfang	1 000 t	243	236	244	238	243	237	256	234	238
*Güterversand	1 000 t	362	327	373	287	378	276	275	304	331
<b>*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge</b>										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	8 122	7 522	11 319	10 231	9 393	5 690	7 988	8 186	7 925
*Personenkraftwagen 14)	Anzahl	63	92	168	198	169	55	133	185	148
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 234	6 693	10 151	9 205	8 276	5 056	7 035	7 296	7 132
	Anzahl	445	386	527	464	516	302	364	378	349
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 502	1 428	1 279	1 388	1 524	897	1 063	1 167	p 1 368
*Getötete Personen	Anzahl	71	61	49	55	70	40	56	54	p 57
*Verletzte Personen	Anzahl	2 023	1 891	1 694	1 897	2 020	1 114	1 423	1 558	p 1 740

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
			Monats- durchschnitt <sup>d)</sup>	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kredite und Einlagen</b> <sup>15)</sup>										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	20 540	23 133	21 049	21 153	21 426	23 319	23 603	23 557	23 740
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	19 793	22 352	20 346	20 501	20 764	22 538	22 800	22 792	22 954
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 466	4 903	4 572	4 570	4 621	4 964	5 146	5 068	5 060
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 430	4 882	4 551	4 537	4 587	4 941	5 120	5 043	5 041
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	36	21	21	33	34	22	26	25	19
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 794	2 068	1 797	1 796	1 825	1 987	2 017	2 023	2 034
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 698	1 925	1 683	1 680	1 699	1 847	1 879	1 883	1 895
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	96	143	113	116	126	140	139	140	139
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	13 533	15 382	13 977	14 135	14 318	15 587	15 637	15 702	15 860
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 525	12 934	11 906	12 026	12 192	13 140	13 187	13 249	13 385
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 007	2 448	2 072	2 109	2 126	2 448	2 450	2 452	2 474
*Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>16)</sup> von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 149	18 446	16 572	16 721	16 860	18 481	18 452	18 548	18 747
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 817	10 614	9 183	9 339	9 507	10 644	10 628	10 724	10 891
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 247	6 645	5 452	5 554	5 636	6 678	6 736	6 787	6 887
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 570	3 969	3 731	3 785	3 871	3 966	3 892	3 937	4 004
*Spareinlagen	Mill. DM	7 332	7 832	7 389	7 382	7 353	7 837	7 824	7 824	7 856
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 495	4 686	4 507	4 502	4 484	4 686	4 680	4 677	4 694
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	395	411	338	319	315	395	400	...	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	326	380	352	326	343	361	413	...	...
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	13	16	10	11	17	12	20	35	14
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,9	1,3	3	-	1	1	2	4	2
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	393	437	409	392	410	449	473	...	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,131	1,541	1,359	1,529	1,379	1,581	1,675	...	...
<b>Steuern</b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	314 873	373 472	426 247	247 889	289 071	356 880	458 090	306 389	364 993
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	221 614	278 599	343 844	162 980	206 558	214 016	367 935	209 837	269 820
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	149 077	186 403	141 831	141 068	177 971	201 822	129 903	178 777	248 057
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 557	72 222	169 732	11 588	16 163	1 370	193 797	24 463	8 421
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 700	2 004	1 999	1 351	878	1 771	902	2 377	1 263
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	12 280	17 970	30 282	8 973	11 546	9 053	43 333	4 220	12 079
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	93 259	94 873	82 403	84 909	82 513	142 865	90 155	96 552	95 173
*Umsatzsteuer	1 000 DM	69 991	68 131	57 995	57 747	58 939	106 326	56 934	59 037	59 663
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	23 268	26 742	24 407	27 161	23 574	36 539	33 221	37 515	35 509
*Bundessteuern	1 000 DM	101 340	116 332	121 686	122 558	116 867	132 648	130 177	122 617	110 349
*Zölle	1 000 DM	10 910	10 676	12 126	10 260	11 050	9 811	10 001	10 545	10 518
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	85 163	99 163	100 605	107 679	100 416	115 825	110 243	106 338	93 502
*Landessteuern	1 000 DM	28 267	30 039	27 671	26 006	40 224	37 065	28 920	27 472	41 936
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 272	5 700	1 676	573	14 160	14 566	3 972	1 681	16 114
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	16 236	17 414	18 390	18 801	18 195	16 091	18 280	19 887	19 571
*Biersteuer	1 000 DM	1 018	951	729	852	926	729	723	699	1 043
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	156 174 <sup>+</sup>	187 078 <sup>+</sup>	167 866	.	.	.	173 872	.	.
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 177 <sup>+</sup>	7 114 <sup>+</sup>	6 452	.	.	.	6 924	.	.
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	24 119 <sup>+</sup>	26 496 <sup>+</sup>	24 635	.	.	.	24 811	.	.
*Gewerbesteuer										
nach Ertrag und Kapital (brutto) <sup>20)</sup>	1 000 DM	97 117 <sup>+</sup>	121 447 <sup>+</sup>	105 479	.	.	.	107 895	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 210 <sup>+</sup>	15 929 <sup>+</sup>	16 105	.	.	.	17 272	.	.
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften</b>										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	257 467	296 497	325 361	270 300	235 818	295 194	348 283	297 542	250 814
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	88 868	110 391	150 113	70 804	65 318	72 487	161 309	90 692	80 507
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	60 653	61 668	53 562	55 191	53 633	90 005	56 798	60 828	59 959
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	-	21 747	-	55	-	23 406	-
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	201 260	232 862	238 407	173 441	209 183	234 816	257 139	203 904	254 302
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	102 089	129 683	150 113	70 804	109 018	108 713	161 309	90 692	145 286
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	64 297	65 034	60 623	54 883	59 940	88 982	66 910	62 334	67 099
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	-	21 747	-	55	-	23 406	-
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	207 218 <sup>+</sup>	250 030 <sup>+</sup>	180 120	.	.	.	199 340	.	.
*Gewerbesteuer										
nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>22)</sup>	1 000 DM	57 480 <sup>+</sup>	72 809 <sup>+</sup>	94 530	.	.	.	96 405	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	90 682 <sup>+</sup>	111 589 <sup>+</sup>	23 202	.	.	.	36 958	.	.

Fußnoten siehe nächste Seite

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
			Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
<b>Preise</b>										
<b>Preisindexziffern im Bundesgebiet</b>										
Index der Einfuhrpreise	1970=100	99,8	112,6	108,3	109,8	111,8	144,8	146,0	145,2	...
Index der Ausführpreise	1970=100	105,5	112,3	110,2	111,1	111,7	125,7	128,3	129,8	...
Grundstoffpreise 23)	1962=100	108,9	120,3	116,3	117,4	118,1	141,1	143,3	144,0	144,4
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 23)	1962=100	116,1	123,8 <sup>g</sup>	121,4	122,2	122,8	134,8	136,9	138,3	140,0
landwirtschaftlicher Produkte 23)	1961/63=100	106,5 <sup>e</sup>	118,7 <sup>g</sup>	124,8	124,9	125,8	119,6	118,0 <sup>p</sup>	114,3 <sup>p</sup>	113,7
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 24)	1962=100	174,3	187,1	.	.	188,5	193,9	.	.	202,2
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 23)	1962/63=100	116,5 <sup>e</sup>	127,3 <sup>f</sup>	131,9	131,5	134,5	142,6 <sup>r</sup>	143,5	143,0	142,6
Einzelhandelspreise	1962=100	123,7	131,6	129,7	130,7	131,4	137,4	138,5	139,9	141,1
*Preisindex für die Lebenshaltung <sup>25)</sup> darunter für	1970=100	111,1	118,8	116,8	117,5	118,2	124,8	125,2	125,9	126,7
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	109,7	118,0	116,4	118,0	119,1	121,8	122,3	123,4	124,3
Kleidung, Schuhe	1970=100	112,3	120,7	118,2	119,3	120,0	126,2	127,3	128,5	129,0
Wohnungsmieten	1970=100	112,5	119,2	117,7	118,1	118,6	123,2	123,8	124,2	124,7
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	110,1	128,2	118,7	117,3	119,3	156,1	150,1	143,5	144,8
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	109,7	114,3	113,7	113,7	114,2	119,8	120,8	121,4	122,0
<b>Löhne und Gehälter<sup>26)</sup></b>										
<b>Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	369	402	.	398	.	.	.	...	.
darunter *Facharbeiter	DM	390	426	.	420	.	.	.	...	.
*weibliche Arbeiter	DM	218	241	.	234	.	.	.	...	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	210	232	.	227	.	.	.	...	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	8,32	9,11	.	8,96	.	.	.	...	.
darunter *Facharbeiter	DM	8,84	9,67	.	9,46	.	.	.	...	.
*weibliche Arbeiter	DM	5,38	5,98	.	5,81	.	.	.	...	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,21	5,75	.	5,63	.	.	.	...	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,4	44,0	.	44,4	.	.	.	...	.
weibliche Arbeiter	Std.	40,5	40,2	.	40,3	.	.	.	...	.
<b>Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>										
<b>in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 792	2 009	.	1 957	.	.	.	...	.
*weiblich	DM	1 194	1 355	.	1 321	.	.	.	...	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 923	2 196	.	2 139	.	.	.	...	.
*weiblich	DM	1 218	1 321	.	1 284	.	.	.	...	.
<b>in Handel, Kredit und Versicherungen</b>										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 533	1 796	.	1 789	.	.	.	...	.
*weiblich	DM	953	1 129	.	1 096	.	.	.	...	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 704	1 708	.	1 719	.	.	.	...	.
weiblich	DM	(1 112)	1 384	.	.	.	.	.	...	.
<b>in Industrie und Handel zusammen</b>										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 615	1 861	.	1 841	.	.	.	...	.
weiblich	DM	1 019	1 184	.	1 150	.	.	.	...	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 909	2 151	.	2 102	.	.	.	...	.
weiblich	DM	1 213	1 325	.	1 285	.	.	.	...	.

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+ = Vierteljahresdurchschnitt

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

20) Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen

21) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau

25) alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31.12.

e) Wirtschaftsjahr 1971/72 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

# Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen <sup>1)</sup>				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
	in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			in 1 000		in 1 000				
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288
1970	2 494 <sup>a</sup>	7,5	14,1	13,2	2	24	1 003	115	386	215	286
1971	2 529	7,0	13,3	12,6	2	31	997	110	377	216	293
1972	2 554	6,4	11,5	12,8	- 3	24	1 006	85 <sup>b</sup>	395 <sup>b</sup>	210 <sup>b</sup>	317 <sup>b</sup>
1973	2 573	5,9	10,3	12,6	- 6	22	1 017 <sup>b</sup>	75 <sup>b</sup>	387 <sup>b</sup>	223 <sup>b</sup>	333 <sup>b</sup>

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen		
	Schüler am 20.9. <sup>2)</sup>			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gymnasien	mit weniger als Haupt- schul- abschluß	mit Haupt- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962
	in 1 000							Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	in Mill. DM
1969	236	49	49	21	45	24	10	20 126 <sup>b</sup>	8,8 <sup>b</sup>	16 244 <sup>b</sup>
1970	249	51	50	23	42	24	11	22 878 <sup>b</sup>	13,7 <sup>b</sup>	17 438 <sup>b</sup>
1971	256	56	54	23	42	25	11	25 498 <sup>b</sup>	11,5 <sup>b</sup>	18 039 <sup>b</sup>
1972	262	61	60	...	...	...	...	28 098 <sup>c</sup>	10,2 <sup>c</sup>	18 655 <sup>c</sup>
1973	267	66	65	...	...	...	...	31 440 <sup>c</sup>	11,9 <sup>c</sup>	19 629 <sup>c</sup>

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3.12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung <sup>5)</sup>		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner <sup>4)</sup>	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe <sup>3)</sup>									
in 1 000				in 1 000							
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487
1970	1 407	493	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565
1971	1 364	477	1 667	4 946	477	2 848	2 085	4 297	1 698	322	596
1972	1 421	498	1 598	5 012	386	2 756	2 137	4 381	1 679	264	611
1973	1 496	504	1 659	4 746	415	2 661	2 166	4 323	1 710	242	628

Jahr	Industrie <sup>6)</sup>										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz <sup>7)</sup>		Energieverbrauch				Produk- tions- index 9) 1962=100
	insgesamt	Arbeiter				insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 8)	Heizöl			
	in 1 000		in Millionen	Bruttosumme in Mill. DM					1 000 t	insgesamt		schwer
						Mill. DM		1 000 t				
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	163	64
1971	191	143	279	2 084	909	14 365	1 975	312	1 124	895	169	64
1972	188	139	267	2 231	1 020	15 275	2 399	245	1 142	897	172	63
1973	187	140	267	2 503	1 170	17 270	2 904	332	1 201	952	184	63

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen, ohne Soldaten

2) ohne integrierte Gesamtschulen, und zwar 1972 rund 1 300 Schüler und 1973 rund 1 250 Schüler

3) bis 1969 einschließlich, ab 1970 ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des überbietlichen Versandes, ohne überbietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

7) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

8) Umrechnungsfaktor für Steinkohleeinheit (SKE): Steinkohle und Steinkohlenbriketts = 1,0; Steinkohlenkoks = 0,97; Braunkohlenbriketts = 0,69

9) arbeitstäglich

10) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

a) Ergebnis der Volkszählung vom 27.5.1970

b) vorläufige Ergebnisse

c) erste vorläufige Ergebnisse

## Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Januar 1974			Bevölkerungsveränderung im Januar 1974			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1974	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw <sup>2)</sup>
		Vormonat	Vorjahresmonat 1)					
in %								
FLENSBURG	93 588	- 0,0	- 0,4	- 39	10	- 29	26 254	23 908
KIEL	265 498	- 0,0	- 1,0	- 135	46	- 89	74 782	68 046
LÜBECK	235 864	- 0,1	- 0,7	- 73	- 110	- 183	61 598	55 321
NEUMÜNSTER	86 271	- 0,1	- 0,2	- 10	- 40	- 50	25 713	22 926
Dithmarschen	132 882	- 0,1	- 0,6	- 39	- 93	- 132	46 765	36 278
Flensburg-Land	75 927	+ 0,1	+ 0,9	- 3	49	46	29 774	23 206
Hzgt. Lauenburg	150 289	+ 0,1	+ 1,7	- 41	200	159	47 610	40 206
Nordfriesland	161 594	+ 0,0	+ 0,9	1	69	70	58 971	46 847
Ostholstein	185 866	- 0,1	+ 0,7	- 103	- 96	- 199	60 598	50 259
Pinneberg	252 640	- 0,1	+ 1,0	- 88	- 71	- 159	80 428	70 073
Plön	113 201	+ 0,1	+ 1,4	- 8	144	136	40 063	32 812
Rendsburg-Eckernförde	234 114	- 0,0	+ 1,1	- 39	32	- 7	79 806	64 882
Schleswig	101 487	+ 0,1	+ 0,1	11	125	136	36 610	28 875
Segeberg	188 374	+ 0,3	+ 3,1	- 19	642	623	69 799	58 564
Steinburg	132 528	- 0,1	- 0,3	- 50	- 40	- 90	43 875	35 300
Stormarn	170 019	+ 0,2	+ 1,9	- 36	348	312	56 750	49 150
Schleswig-Holstein	2 580 142	+ 0,0	+ 0,6	- 671	1 215	544	839 396	706 653

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie <sup>3)</sup>			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1974 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 30. 4. 1974	Beschäftigte am 30. 4. 1974	Umsatz <sup>4)</sup> im April 1974 in Mill. DM	Unfälle	Getötete <sup>5)</sup>	Verletzte
FLENSBURG	59	8 959	119	50	2	57
KIEL	141	30 260	121	140	3	158
LÜBECK	137	28 178	189	135	1	152
NEUMÜNSTER	73	10 581	63	69	1	82
Dithmarschen	63	6 380	173	68	3	86
Hzgt. Lauenburg	96	9 302	61	74	2	93
Nordfriesland	46	2 430	32	85	4	104
Ostholstein	77	6 452	52	122	8	178
Pinneberg	236	23 992	179	125	3	150
Plön	43	2 656	19	50	3	64
Rendsburg-Eckernförde	129	11 659	103	117	8	163
Schleswig-Flensburg	68	4 505	74	83	5	116
Segeberg	183	15 417	125	98	3	131
Steinburg	97	10 509	111	69	6	95
Stormarn	135	15 840	219	83	5	111
Schleswig-Holstein	1 583	187 120	1 639	1 368	57	1 740

1) nach dem Gebietsstand vom 31. Januar 1974

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

# Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1973			Offene Stellen am 30. 4. 1974	Kuhmilcherzeugung im April 1974			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			in 1 000	1 000 t	darunter an Melereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 12. 1973	Rindvieh am 3. 12. 1973
		VZ 1961	31. 12. 1972	insgesamt						Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 580	+ 11,3	+ 0,6	17	237	93,9	15,7	1 659	1 496	504
Hamburg	1 752	- 4,4	- 0,8	15	2	95,3	14,8	13	16	4
Niedersachsen	7 259	+ 9,3	+ 0,6	38	473	92,0	15,5	5 869	2 921	1 032
Bremen	729	+ 3,2	- 0,7	5	2	84,8	14,9	7	17	5
Nordrhein-Westfalen	17 246	+ 8,4	+ 0,3	99	289	95,6	13,8	4 349	1 927	696
Hessen	5 584	+ 16,0	+ 0,9	34	128	83,5	13,0	1 476	897	328
Rheinland-Pfalz	3 701	+ 8,3	+ 0,3	17	86	85,3	11,4	737	693	250
Baden-Württemberg	9 239	+ 19,1	+ 0,9	61	214	80,2	10,1	2 183	1 848	707
Bayern	10 853	+ 14,1	+ 0,7	60	588	87,2	10,2	4 080	4 471	1 931
Saarland	1 112	+ 3,7	- 0,6	3	11	82,3	12,7	70	75	28
Berlin (West)	2 048	- 6,8	- 0,7	13	0	24,1	15,3	9	2	1
Bundesgebiet	62 101	+ 10,5	+ 0,5	361	2 028	89,2	12,4	20 452	14 364	5 487

Land	Industrie <sup>1)</sup>				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Februar 1974			
	Beschäftigte am 31. 3. 1974 in 1 000	Umsatz <sup>2)</sup> im März 1974		Produktions-index <sup>3)</sup> 1962=100 im März 1974	Beschäftigte am 28. Februar 1974		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands-umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	187	1 809	27	202	55	21	1 262	4,9	714	2,8
Hamburg	190	2 307	17	124	38	22	474	2,7	197	1,1
Niedersachsen	764	6 290	26	164	159	22	2 540	3,5	3 196	4,4
Bremen	101	942	13	.	19	26	250	3,4	531	7,3
Nordrhein-Westfalen	2 537	21 701	25	.	347	20	6 647	3,9	5 898	3,4
Hessen	722	4 762	28	183	126	23	2 369	4,2	967	1,7
Rheinland-Pfalz	401	3 668	31	262	79	21	2 218	6,0	1 837	5,0
Baden-Württemberg	1 561	10 573	25	187	214	23	4 972	5,4	5 366	5,8
Bayern	1 376	9 086	24	.	240	22	4 870	4,5	3 624	3,3
Saarland	163	1 135	36	.	21	18	546	4,9	255	2,3
Berlin (West)	229	1 630	13	.	40	19	1 655	8,1	944	4,6
Bundesgebiet	8 232	63 901	25	179	1 338	22	27 803	4,5	23 529	3,8

Land	*Kfz-Bestand <sup>4)</sup> am 1. Januar 1974			Straßenverkehrsunfälle <sup>6)</sup> mit Personenschaden im März 1974				Bestand an Spar-einlagen am 31. 3. 1974 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen			
	ins-gesamt in 1 000	Pkw <sup>5)</sup>		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun-glückte je 100 Unfälle		in DM je Einwohner	des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner							im 4. Vierteljahr 1973		
		in DM je Einwohner										
Schleswig-Holstein	839	707	274	1 063	56	1 423	139	3 033	328	409	133	
Hamburg	530	481	275	761	18	978	131	5 691	527	2 734	183	
Niedersachsen	2 375	1 981	273	2 712	159	3 573	138	3 744	319	333	137	
Bremen	215	193	265	308	11	363	121	4 330	385	1 348	184	
Nordrhein-Westfalen	5 161	4 588	266	6 634	226	8 822	136	4 338	366	538	161	
Hessen	1 903	1 634	293	2 413	88	3 278	139	4 833	380	518	151	
Rheinland-Pfalz	1 247	1 024	277	1 525	59	2 136	144	3 987	330	389	131	
Baden-Württemberg	3 138	2 642	286	3 391	167	4 797	146	4 525	377	538	163	
Bayern	3 755	2 995	276	4 175	205	5 746	143	4 610	525	427	149	
Saarland	336	298	268	485	26	639	137	3 683	311	349	108	
Berlin (West)	501	454	222	957	26	1 270	135	3 911	276	813	87	
Bundesgebiet	20 087 <sup>a)</sup>	17 036 <sup>a)</sup>	274	24 424	1 041	33 025	139	4 326	356	557	150	

\*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

7) ohne Postspareinlagen

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

# Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

## Gesundheitswesen

Gesundheitswesen . . . . . 5/105

## Bildung und Kultur

Fachhochschulstudenten . . . . . 3/56

## Wahlen

Kommunalwahl 1974

(Teil 1: Kreisergebnisse) . . . . . 5/98

(Teil 2: Ergebnisse für Bundes- und  
Landtagswahlkreise) . . . . . 6/123

## Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Arbeitskräfte Landwirtschaft . . . . . 4/89

Baumschulen . . . . . 4/92

Betriebssysteme Landwirtschaft . . . . . 1/9

Zur Getreideernte 1973 . . . . . 2/33

## Unternehmen und Arbeitsstätten

Kapitalgesellschaften . . . . . 2/43

## Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft

Industrielle Kleinbetriebe . . . . . 4/94

Investitionen 1972 . . . . . 4/78

Verarbeitende Industrie . . . . . 6/126

## Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Auftragslage im Baugewerbe . . . . . 1/18

Bauhauptgewerbe . . . . . 3/63

## Handel und Gastgewerbe

Einzelhandelsumsätze . . . . . 4/95

## Verkehr

Güterumschlag in den Häfen . . . . . 2/37

Straßenverkehrsunfälle . . . . . 5/115

## Öffentliche Finanzen

Lohnsteuerpflichtige . . . . . 2/48

Umsätze 1972 . . . . . 4/81

Vermögenssteuer . . . . . 3/66

## Preise

Preisindex für die Lebenshaltung . . . . . 6/132

## Löhne und Gehälter

Zur Reallohnentwicklung . . . . . 2/26

## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

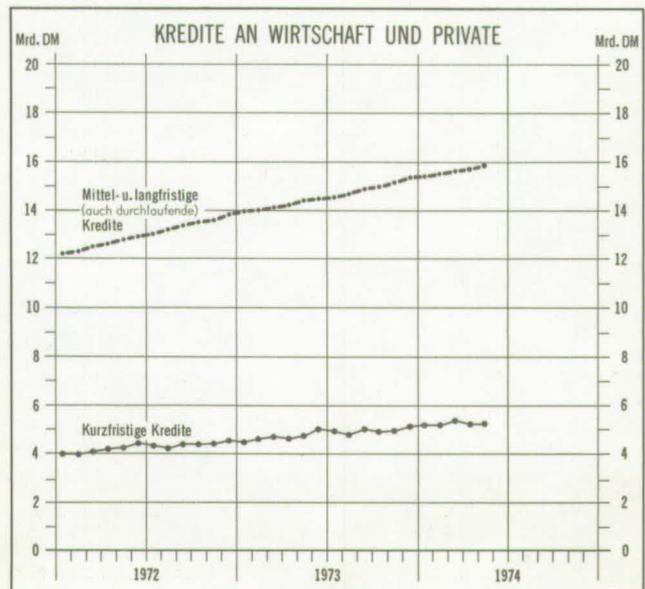
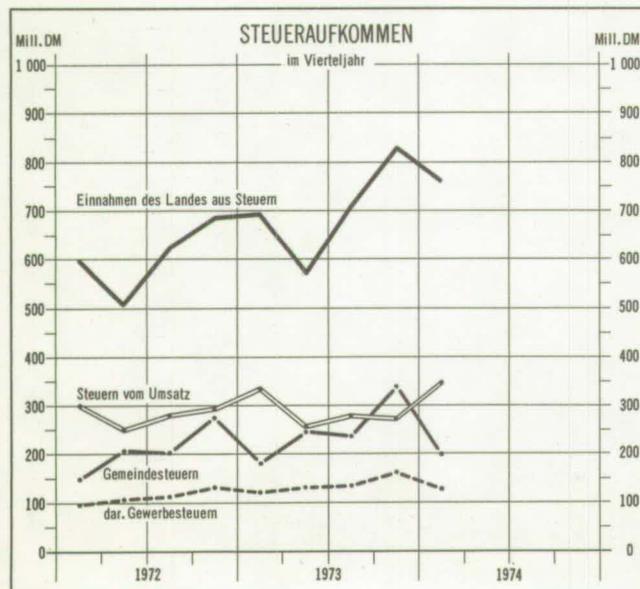
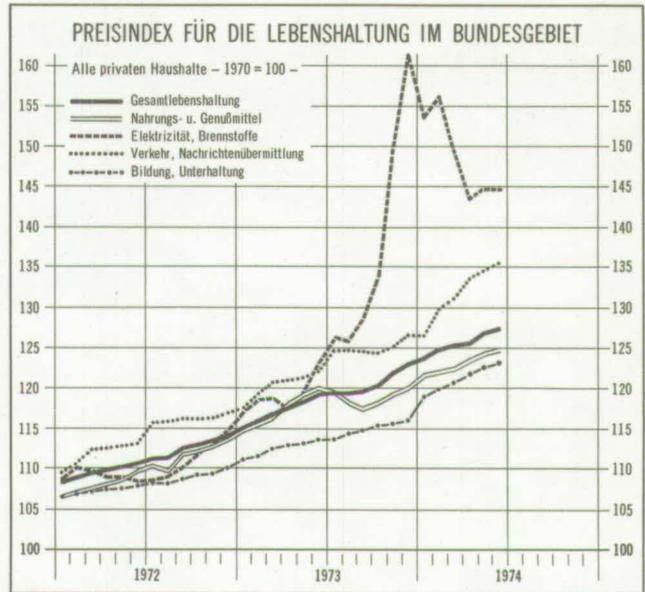
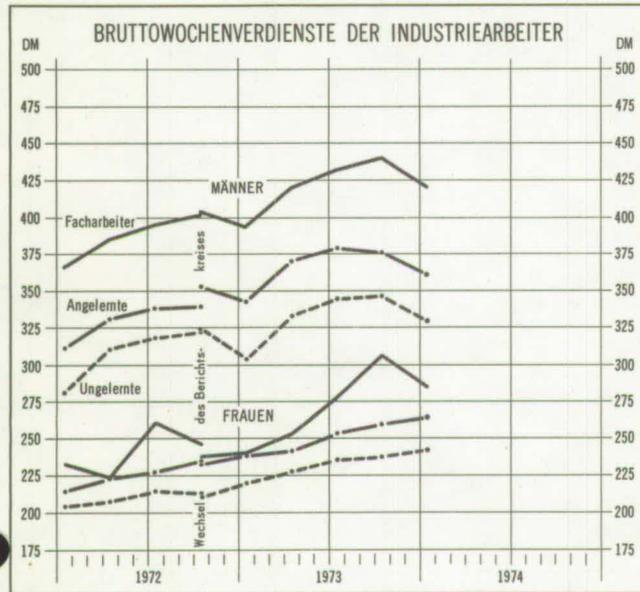
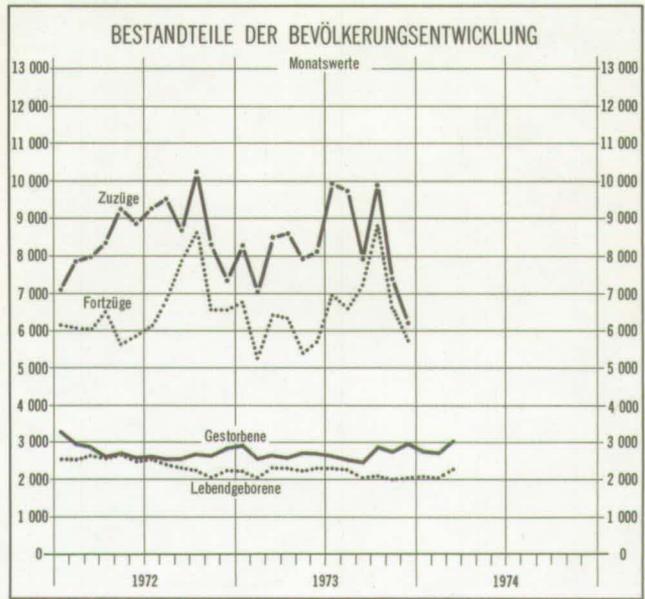
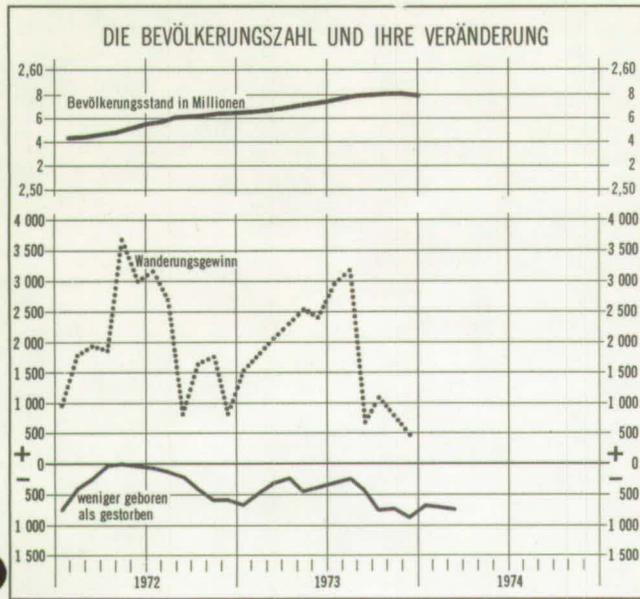
Bruttoinlandsprodukt . . . . . 3/51

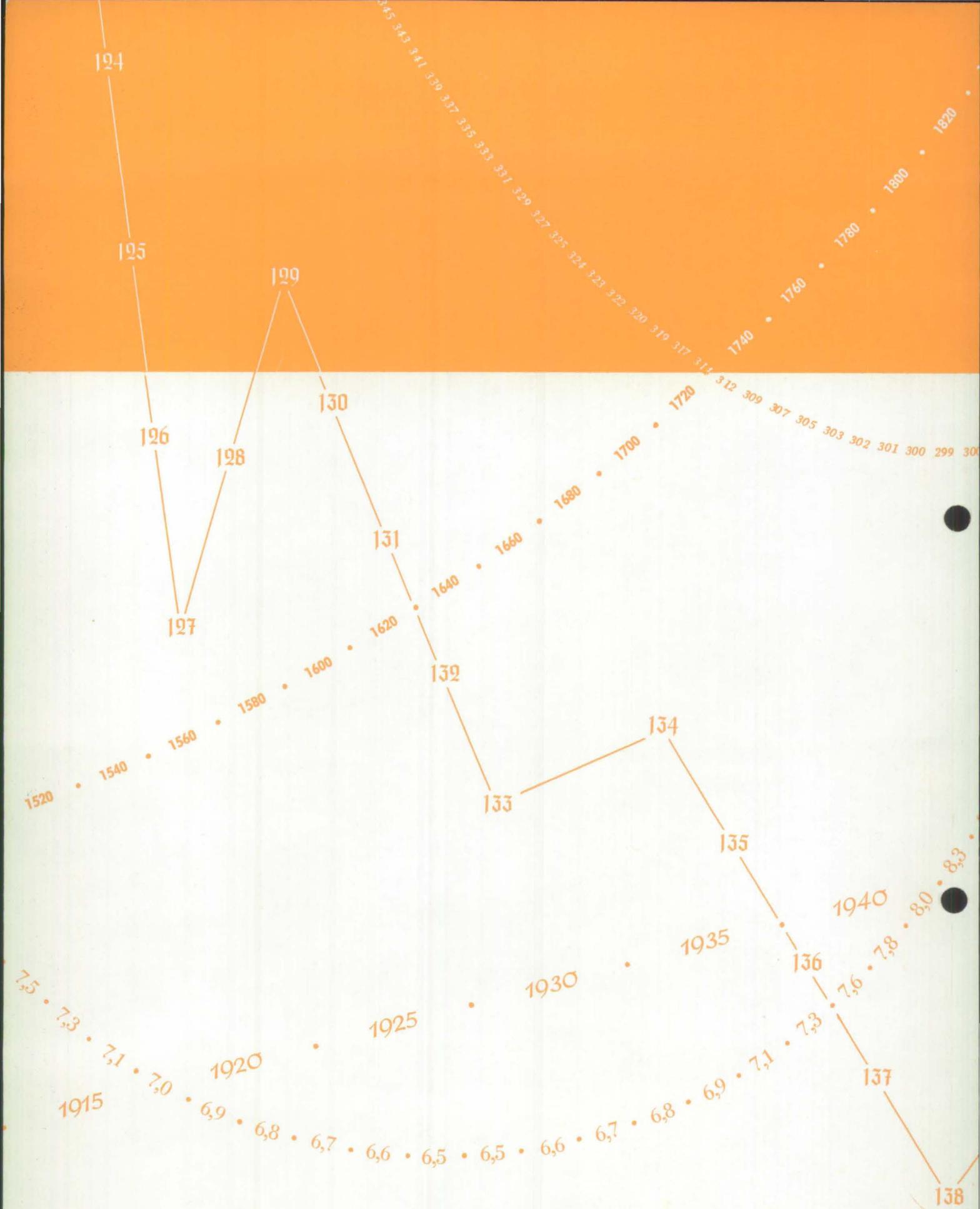
Bruttoinlandsprodukt, Kreise . . . . . 1/3

Wirtschaftliches Wachstum 1973 . . . . . 4/75

# SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen